



FIGU – ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

5. Jahrgang
Nr. 110, Januar/2 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, im Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit», gilt dieses unumschränkte Recht weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch jeglicher Ideologie:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Meinungen und Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserschriften usw., müssen nicht zwingend identisch mit dem Gedankengut, den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens» und damit also auch nicht in irgendeiner Weise mit dem Missionsgut und daher auch nicht verbindend mit der FIGU sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerte Wünsche aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Verspäteter Offener Brief

An:
Bundesamt für Verfassungsschutz
Herrn Hans-Georg Maaßen
Dienststelle Köln
Merianstr. 100
50765 Köln

den 5.11.2018

Sehr geehrter Herr Hans-Georg Maaßen,

als Bürger der Bundesrepublik Deutschland will ich Ihnen mit diesem meinem Brief Zuspruch, Dank und meinen Respekt für Ihre Arbeit aussprechen. Als Präsident des Inlandgeheimdienstes resp. des Bundesamtes für Verfassungsschutz stehen Sie auf der Seite des Bürgers, indem Sie dessen, also auch meine Sicherheit, durch Erfüllung Ihres Amtsauftrages gewährleisten.

Laut Fachkreisen und Experten im In- und Ausland und Mitarbeitern Ihrer Behörde zeichnen Sie sich durch höchste fachliche Kompetenz aus und haben mitsamt Ihren Mitarbeitern mehrere terroristische Anschläge verhindert. Ihre Arbeit ist wohl deswegen auch so erfolgreich, da Sie und Ihre Behörde Ihren Amtsauftrag ernst nehmen. Sie bleiben dabei sachlich, pragmatisch, neutral und unpolitisch, um Ihre Ziele, und damit das Wohlergehen der Bürger Deutschlands, zu erreichen.

Geheimdienste erscheinen für den Normalbürger wie mich erst einmal etwas unheimlich. Das liegt aber in der Natur Ihrer Behörde. Sie können nicht alle Arbeitsweisen und Methoden öffentlich machen, da Sie sonst den Erfolg Ihrer Arbeit verhindern würden. In der Vergangenheit waren Geheimdienste oftmals auch ausführende Instrumente der Machthaber und Diktatoren. In vielen und v.a. undemokratischen Staaten ist das leider immer noch so. In Deutschland müssen Sie sich aber an für Bürger einsehbare Gesetze halten, die die Arbeit der Geheimdienste steuern und unter Kontrolle halten.

Leider wird Ihre Arbeit in den letzten Monaten sabotiert. Ihre Behörde wird zum Nachteil der Bürger Deutschlands wie in totalitären Ländern verpolitisiert. Bzgl. der Geschehnisse in Chemnitz haben Sie lediglich die Erkenntnisse Ihrer Behörde, der lokalen Polizei, der Lokalpresse, der Staatsanwaltschaft, des Ministerpräsidenten von Sachsen in ein paar wenigen Sätzen wiederholt. Zudem meldeten Sie Zweifel über ein möglicherweise gestelltes Internetvideo an und warnten also sinngemäss davor, nicht in eine Falle zu tappen. Diese akkurate Arbeit durch Sie und Ihre Behörde gefiel jedoch vielen Elementen der Bundesregierung nicht, weswegen alles daran gesetzt wurde, Sie vom Amt zu entfernen, was dann auch geschah.

Ihnen wird von verschiedenen politisch agierenden Elementen vorgeworfen, dass Sie Rechtsextreme in Schutz nähmen. Dies ist infam, da Ihre Arbeit stets pragmatisch darauf ausgerichtet ist und war, jede Art von Radikalität und Extremismus zu bekämpfen resp. durch Prävention und kluge gegensteuernde Massnahmen zu unterbinden. Seien dies Gewalttaten von Rechts- oder Linksradikalen, religiös motivierte Radikale oder sonstige gefährdende Taten. Das Durchlesen Ihrer ausführlichen Internetseiten Ihrer Behörde des Verfassungsschutzes reicht, um zu erkennen, dass Ihre Arbeit seit jeher alle Arten des Extremismus bekämpft. Der Newsletter des Verfassungsschutzes, den ich kürzlich abonniert habe, beweist dies durch lange, hochwertige und sachliche Artikel und Berichte über konkrete Massnahmen gegen Extremismus. Mit Ihren Internetauftritten schafft Ihre Behörde eine wohlthuende Transparenz.

Leider wird Ihre Arbeit nicht einmal von Elementen der Bundesregierung, die Ihnen im Organigramm vorstehen, geschätzt. So schreibt die «Neue Züricher Zeitung» am 18.9.2018: «Laut einem Bericht der «Welt» hält Merkel es seit Jahren nicht für nötig, an der wöchentlichen Sitzung zur Sicherheitslage mit den Chefs ihrer Geheimdienste im Kanzleramt persönlich teilzunehmen.»

(<https://www.nzz.ch/meinung/maassens-abloesung-ist-das-ergebnis-einer-kampagne-ld.1420889>).

Dies ist für mich ein ungewöhnliches und provoziert selbstverletzendes Verhalten: Politiker torpedieren die fähigsten Mitarbeiter in den Sicherheitsbehörden, die sich von amtswegen auch für die Sicherheit der Bundespolitiker verantwortlich zeichnen. Politiker stellen hier irrsinnigerweise Ideologien über ihre eigene Gesundheit.

Mir macht es Angst, dass nun in Deutschland Ideologien wieder Sicherheitsbehörden, Polizeiorgane oder die Exekutiven steuern. Dass Ideologien über die Sicherheit der Bürger gestellt werden. Es ist dies ein gefährlicher Weg, den die Bundesregierung beschreitet, wenn Politiker neutrale Fachexperten vom Amt entfernen und Experten wie Sie kündigen, die unemotional Kriminalität bekämpfen und die Wahrheit oder die neutrale Realität aussprechen. Es ist dies leider ein Zeichen von grosser Schwäche, wenn die Bundesregierung in eine Regierungskrise verfällt, sobald sie mit Wahrheit, Fakten und Tatsachen konfrontiert wird.

Während des Schreibens dieses Briefes erfahre ich nun im Internet, dass Sie in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden sollen. All dies nur, weil Sie schliesslich durch eine Rede vor dem «Berner Club» in Anwesenheit internationaler Geheimdienstmitarbeiter die Wahrheit und die Machenschaften durch die Bundesregierung Deutschlands und ihrer ihr zuarbeitenden Falsch- und Desinformationen verbreitenden Systempresse ausgesprochen haben. Meine allerhöchste Hochachtung und ehrenvolle Betrachtung Ihrer sicherheitsfördernden Arbeit haben Sie weiterhin. Sie haben sich nicht verbiegen lassen, Stärke gezeigt und Ihren Auftrag für die Sicherheit der Bürger, also auch meine, wahrgenommen.

Ich wünsche Ihrer Behörde und Ihnen weiterhin Erfolg bei der Umsetzung Ihrer Ziele, die nun offensichtlich mangels Mitwirkung der Bundesregierung teilweise ohne dieselbige erzielt werden müssen.

Hochachtungsvoll
Stefan Dominik Anderl, Deutschland

Warum gibt es keinen Aufstand gegen Merkel?

Freitag, 2. November 2018, von Freeman um 08:00

Bei meinen seltenen Besuchen Deutschlands fällt mir immer wieder auf, wie das Land mehr und mehr verlottert, was die Infrastruktur betrifft und wie die Menschen herumlaufen. Wenn man im Land ständig "lebt", fällt einem der Zerfall nicht so auf, aber als Besucher kann man vergleichen, und ich sehe, wie Deutschland mehr und mehr in einen liederlichen, verwahrlosten Zustand zerfällt.



Komplette Strassenzüge bestehen in einigen Quartieren von Gelsenkirchen und Duisburg, aber auch in Städten wie Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen manchmal nur noch aus abbruchreifen Häusern. Strassen mit riesigen Schlaglöchern, keine Strassenbeleuchtung, Brücken, die nicht befahren werden dürfen, Schwimmbäder, Bibliotheken und Fabriken, die geschlossen sind, das ist das Armutsbild von vielen Städten und Gemeinden.





An allen Ecken scheint Geld zu fehlen, beim Staat und bei den Bewohnern. Deswegen verstehe ich nicht, warum die Deutschen den Spruch von Merkel schlucken: "*Den Menschen in Deutschland ging es noch nie so gut.*"

Ist doch eine glatte Lüge, denn laut neuester Pressemeldung des Bundesamts für Statistik sind "19,0 % der Bevölkerung Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht", oder 15,5 Millionen Menschen. Das ist das Ergebnis von Merkels 13 Jahre langer Misswirtschaft ... und 3 Jahre dieses Niedergangs stehen den Deutschen noch bevor, denn bis 2021 will sie weiter das Land in den Abgrund fahren. "*Wir schaffen das*", sagte sie ja!

Noch schlimmer als den Deutschen geht es den Menschen im Rest der EU, denn dort sind laut neuester Statistik im Jahr 2017 durchschnittlich 22,5 Prozent der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze.

Aber dafür ist auch Merkel mit ihrer Politik, die gemeinsame Währung Euro und der Zusammenhalt der Union müssen erhalten werden, koste es, was es wolle, schuld. Fragt doch die Griechen, die Italiener, Spanier, Portugiesen, Franzosen etc., wie gut es ihnen geht, seitdem sie in der EU-Diktatur zwangsmässig gefangen gehalten werden? Die Engländer haben es verstanden, die Konsequenzen gezogen und sich für den Exit entschieden.

Noch so eine Lüge ist der Spruch: "*Die Renten sind sicher*". Sicherlich nicht, um damit im Alter überleben zu können. Ich kenne einige Deutsche im Rentenalter, die weniger als 800 Euro im Monat bekommen, aber damit ihren gesamten Lebensunterhalt bestreiten müssen, wie Miete, Strom, Essen, Krankenversicherung usw. Ein Freund von mir lebt deshalb auch in der Republik Abchasien, weil er dort mit dieser minimalen Rente auskommen kann. In Deutschland kann er damit nicht leben.

Dies ist kein Einzelschicksal, sondern eher die Normalität, wie der Fall der 74-jährigen Rentnerin Magda Kunkel aus Giessen zeigt. Sie hat 40 Jahre lang ihre Beitragszahlungen entrichtet, drei Kinder erzogen und wird jetzt

mit 630 Euro aus der gesetzlichen Rente abgespeist. Davon muss sie ihr Leben bestreiten.
"Schlimmer als die Armut ist die Demütigung"



Das Schlimme an der deutschen Politik unter Merkel ist ja ganz klar diskriminierend und herzlos, die Menschen, die Deutschland nach dem Krieg mitgeholfen haben aufzubauen, ob jetzt "Trümmerfrauen" oder die "Kriegsheimkehrer", schlechter behandelt werden als die Wirtschaftsflüchtlinge, die Merkel zu Hunderttausenden reingelassen hat, die nichts für das Land getan haben und auch nichts tun, ausser die sozialen Leistungen zu kassieren.

Ja, diese Kulturbereicherer spucken sogar auf Deutschland, haben keinerlei Absicht, sich zu integrieren und wollen, dass Deutschland sich nach ihrer Unkultur anpasst und ändert. Über sich an Recht und Gesetz halten lachen sie nur und Frauen sind sowieso "Freiwild" für sie. Das ist der Dank dafür, dass man sie aufgenommen hat und versorgt.

Wie das Bundesregime selber in einem Bericht mitgeteilt hat, lagen die Kosten für die "Flüchtlinge" in Deutschland im Jahr 2017 bei sagenhaften 20,8 Milliarden Euro. Seit dem Beginn der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 hat der deutsche Staat mindestens 43,25 Milliarden Euro für Asylzwecke ausgegeben. Voraussichtlich sollen in den nächsten vier Jahren weitere 80 Milliarden Euro hinzukommen.

Für die Fremden ist genug Geld da, aber nicht für die heimische Bevölkerung.

Es ist so wenig Geld da, Hunderttausende Deutsche haben keinen Strom, weil er ihnen gesperrt wurde. Sie haben nur Kerzenlicht als Beleuchtung, wie vor 100 Jahren, und haben natürlich deshalb kein TV oder Radio. Weiteren 6,6 Millionen säumigen Zahlern wurde die Sperrung schriftlich angedroht. Der Grund liegt auch an Merkels Politik der "Energiewende", welche den Strom drastisch verteuert hat.

Wenn 15,5 Millionen Deutsche an oder unter der Armutsgrenze dahinvegetieren, also fast jeder 5., dann verstehe ich nicht, warum es nicht schon längst einen Aufstand gegeben hat? Warum ist Merkel immer noch Kanzlerin? Warum wird dieses Regime nicht endlich gestürzt? Was ist los mit den Deutschen? Kann man sie so einfach belügen, einschläfern und ruhigstellen?

Offensichtlich sind die Deutschen die perfekten Untertanen, wie der DEFA-Film "Der Untertan" aus 1951 es bestens beschreibt.

Je nachdem, welches Regime sie gerade beherrscht, sind sie die besten Royalisten, die besten Nationalsozialisten, die besten Kommunisten oder die besten Kapitalisten, Globalisten und Atlantiker. Dann sind sie die besten Europhilen, bis zur Selbstaufgabe. Immer benötigen sie einen "Führer/in" über sich, oder Verführer/in, denen sie anstandslos glauben und bis in den Untergang folgen. Aufmucken vorher ist undenkbar!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2018/11/warum-gibt-es-keinen-aufstand-gegen.html#ixzz5VxOq3o6L>

Peter Haisenko: Maximalen Schaden anrichten – Merkel will verbrannte Erde hinterlassen

Von Peter Haisenko / Gastautor4. November 2018 Aktualisiert: 4. November 2018 20:53

Bis Jahresende muss Merkel noch durchhalten, denn im Dezember sind zwei Entscheidungen fällig, die ihr Lebenswerk vervollständigen können: Der UN-Migrationspakt und die Verlängerung der Russland-Sanktionen, deren treibende Kraft sie schon immer war, im Einklang mit dem Kriegstreiberlager Obama/Clinton. ...

Ein Artikel von Peter Haisenko.

Im Trubel um ihren Rückzug vom Parteivorsitz hat Frau Merkel unauffällig ihren Freund Poroschenko in der Ukraine besucht. Erwartungsgemäß hat sie ihm versprochen, sich im Dezember für die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland stark zu machen. Ihr Verhalten ist nur noch vergleichbar mit dem Obamas, der, bereits abgewählt, noch maximalen Schaden gegen seinen Nachfolger Trump angerichtet hat.

Merkels Argumentation für die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland ist immer dieselbe und immer

gleich falsch. So lange der Prozess des Friedensplans von Minsk nicht vorankommt, werden die Sanktionen aufrecht- erhalten.

Merkel ignoriert die Tatsache, dass Poroschenko und dessen korrupte Clique in Kiew es sind, die den Friedensprozess torpedieren. Sie sind es, die nicht eine Forderung des Minsker Abkommens erfüllt haben. Nicht ansatzweise hat sich Kiew darum gekümmert, einen Plan für den skizzierten Autonomiestatus des Donbas vorzulegen.

Kiew tut nichts, um den Konflikt zu lösen

Kiew hat schwere Waffen kurz hinter der „Friedenslinie“ zusammengezogen und hält sich nicht zurück mit martialischen Eroberungsdrohungen gegen die abtrünnige Region. Es ist auch Kiew, das immer wieder Wohngebiete im Donbas beschießt, Schulen und Krankenhäuser ins Visier nimmt.

Es ist Poroschenko persönlich, der Russen als Untermenschen bezeichnet und Gesetze unterschreibt, die die völlige Ausrottung der russischen Sprache in der Ukraine vorschreiben. Vergessen wir nicht, dass der Konflikt im Donbas genau aus diesem Grund entstanden ist. Kurz und gut, Kiew tut nichts, aber auch gar nichts, um den Konflikt zu deeskalieren oder gar zu lösen.

Merkels Haltung zum Ukrainekonflikt ist jenseits der Realität und bestimmt von ihrem Hass auf Russland und Putin. Sie verschließt die Augen vor der Tatsache, dass in Kiew Kräfte das Sagen haben, die nicht nur Faschisten feiern, sondern selbst faschistisch handeln. Das hat sie mit mancher grünen Gallionsfigur gemein, wie zum Beispiel mit Marie-Luise Beck, Rebecca Harms & Co., die ansonsten fröhlich mit der Antifa marschieren. Merkel wiederholt brav die Lügen Kiews, dass russische Soldaten im Donbas stünden und sich diese erst zurückziehen müssten, bevor Sanktionen gelockert werden könnten. Beweise dafür braucht sie natürlich nicht, und die kann es auch nicht geben. Wo nichts ist, kann auch nichts abgezogen werden.

Was könnte Russland noch tun, um den Friedensprozess in der Ukraine zu befördern? Genau betrachtet: gar nichts. Was tut Moskau? Mit einer klaren Haltung verhindern, dass Poroschenko ein Blutbad im Donbas anrichtet, mit einer militärischen Eroberung.

Moskaus Handeln entspricht im Übrigen auch genau dem Abkommen von Minsk. Wie pervers ist also Merkels Ansage, Russland müsste mit weiteren Sanktionen gezwungen werden, den Minsker Prozess voranzutreiben.

Es müsste genau anders herum sein, nämlich dass Merkel Sanktionen gegen die Ukraine verhängt, weil Kiew das Minsker Abkommen schlicht ignoriert und hintertreibt. Sie tut das Gegenteil, indem sie nicht nur finanzielle Hilfen für Kiew und das korrupte Poroschenko-Regime befürwortet und organisiert, das Regime hofiert. Es ist Merkel, die zur Lösung des Ukraine-Konflikts entscheidend beitragen könnte, wenn sie Poroschenko zur Ordnung rief und Sanktionen gegen Kiew androhte.

Hat Friedrich Merz womöglich schon Trumps Plazet erhalten?

In einigen Ländern Europas gibt es schon lange massive Einsprüche gegen die Russland-Sanktionen. Von der (deutschen) Wirtschaft sowieso. Auch die deutschen Wähler wünschen zu 80 Prozent ein vernünftiges, besseres Verhältnis zu Russland. Aber was schert Merkel der Wählerwillen? Genauso wenig wie Beschlüsse ihrer eigenen Partei. Erinnern wir uns an den Beschluss, die doppelte Staatsbürgerschaft abzuschaffen, von dem sie gesagt hat, dass sie ihn ignorieren will und auch ignoriert hat.

Merkel nutzt ihre letzten Tage im Amt, um maximalen Schaden anzurichten. Das dürfte auch das Motiv sein, nur den Parteivorsitz abzugeben, nicht aber ihren Kanzlersessel. Bis Jahresende muss sie da noch durchhalten, denn im Dezember sind zwei Entscheidungen fällig, die ihr Lebenswerk vervollständigen können: Ihre Unterschrift unter den UN-Migrationspakt und eben die Verlängerung der Russland-Sanktionen, deren treibende Kraft sie schon immer war, im Einklang mit dem Kriegstreiberlager Obama/Clinton.

Merkel weiß genau, welchen Schaden sie Deutschland und Europa mit ihrer Anti-Russland-Politik zufügt.

Sie weiß auch, welche fatalen Auswirkungen der UN-Migrationspakt haben wird. Dass sie beides bis zuletzt betreibt, belegt, dass sie alles tut, ihren Amtseid zu brechen. Nämlich Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Werfen wir dazu noch einen kurzen Blick auf Herrn Merz, der wahrscheinlich beide Ämter von Merkel übernehmen wird. Dass er überzeugter Transatlantiker ist, ist bekannt. Wie seine Haltung zu Russland und der Ukraine ist, ist zumindest mir nicht bekannt.

Wird er Merkels Kurs fortsetzen? Möglich, aber bevor er Kanzler werden kann, muss er das Plazet von Trump bekommen haben. Trump wiederum will das Verhältnis zu Russland zumindest normalisieren. Was wird Merz also tun? Wir wissen es nicht. Schlimmer als Merkels Kurs kann es kaum werden. In jedem Fall wird es ein schwieriger Prozess werden, die verbrannte Erde zu begrünen, die Merkel hinterlässt.

Wie ich schon in *diesem Artikel* zu Merkels Manöver mit dem Rücktritt vom Parteivorsitz beschrieben habe, kann Merkel nicht so einfach gegen ihren Willen aus dem Kanzleramt vertrieben werden. Nachdem sie aber langsam für immer breitere Schichten zur „persona non grata“ geworden ist, wäre die letzte Möglichkeit zu verhindern, dass sie in ihren letzten Amtstagen noch größten Schaden anrichtet, ein Staatsstreich. Damit könnte man sie auch direkt einer Gerichtsinstanz zuführen.

Geht nicht? Geht doch, wie in dem unterhaltsamen Werk „Der Staatsstreich“ dargestellt wird. Gönnen Sie sich dieses Lesevergnügen, solange Merkel noch Kanzlerin ist. Erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim Verlag hier.

Dieser Beitrag stellt ausschließlich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung des Verlags oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben. Er erschien zuerst auf www.anderweltonline.de.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/peter-haisenko-maximalen-schaden-anrichten-merkel-will-verbrannte-erde-hinterlassen-a2694702.html>

„Politikfehler: Merkel kreist nur um sich selbst“: Eine Million Obdachlose im Land

19:33 01.11.2018 Alexander Boos



Bundesweit gibt es laut Wohlfahrtsverbänden etwa 1,2 Millionen Menschen, die wohnungslos leben müssen. „Wir fordern vom Bund eine Wohnungspolitik, die auch bei den Schwächsten ankommt“, sagten Vertreter von „Caritas“ und „Diakonie“ am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Berlin. „Hier drohen 10 000 Menschen zu erfrieren“. Sputnik war vor Ort.

Am Donnerstag luden die Sozialverbände „Caritas“ und „Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg und Schlesische Oberlausitz“ im „Warmen Otto“, einer Berliner Einrichtung für Wohnungs- und Obdachlose, zu einer Pressekonferenz. „Es ist ein Skandal“, sagte Ulrike Kostka, Direktorin des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin, zu den Medienvertretern. „Allein in Berlin drohen bis zu 10 000 wohnungslose Menschen zu erfrieren – und wir wissen nicht, wie es mit der GroKo (Großen Koalition) weitergeht. Wir können jetzt nicht einfach darauf warten, bis sie sich in der CDU darauf geeinigt haben, wer die CDU leitet und wer auf Dauer Bundeskanzlerin ist.“ Die Bundespolitik kreise da nur um sich selbst. Für die Caritas-Direktorin war auch der jüngste Wohnungs-Gipfel ein Fehlschlag. Dieser wurde unter anderem von der Bundesregierung, vielen Landesregierungen sowie Wohn- und Bau-Dachverbänden im September organisiert.

„Wir fordern, dass es eine Wohnungspolitik gibt, die wirklich auch bei den Schwächsten ankommt“, sagte Kostka gegenüber Sputnik. „Dazu gehört, dass es mehr bezahlbaren Wohnraum gibt. Wir fordern vor allem, dass wir auch als Wohlfahrtsverbände am Wohnungs-Gipfel beteiligt werden. Es kann nicht sein, dass man nicht mit denen redet, die sich mit den Themen auskennen. Für mich ist das ein Skandal. Denn wir kümmern uns um wohnungslose Menschen.“

„Es fehlen mindestens 1,9 Millionen Wohnungen im Land“

Laut der „BAG Wohnungslosenhilfe“ (BAGW) gibt es derzeit etwa 1,2 Millionen Wohnungslose bundesweit. Eine absolut dramatische Zunahme. Medienberichten zufolge lebten im Jahr 2016 etwa 420 000 Menschen ohne festen Wohnsitz in Deutschland. Sprich: Das Land musste in den letzten zwei Jahren mehr als eine Verdopplung seiner Obdachlosen hinnehmen. Die Bundesregierung schein das Problem nicht anzugehen, kritisierte Kostka. Es fehlen laut ihr mindestens 1,9 Millionen Sozialwohnungen deutschlandweit.

Die Caritas-Sprecherin nannte aber auch jüngste Erfolge. „Wir sind total froh, dass wir in Berlin zusammen mit Frau Breitenbach (Die Linke, Anm. d. Red.), der Berliner Sozial-Senatorin, viel erreichen konnten“, erklärte sie im Interview. „Es gibt jetzt in der Turmstraße im ehemaligen Moabiter Krankenhaus eine Kranken-Wohnung. In Zukunft wird es eine Statistik geben: Wie viele Menschen sind überhaupt obdachlos?“ Es sei auch „sehr gut“, dass die Kältehilfe ausgeweitet worden sei. „Sie geht jetzt von Oktober bis Ende April. Und das ist wirklich sehr wichtig.“ Schließlich seien das die kalten Monate.

Kostka und die Verbandssprecher betonten bei der Pressekonferenz, alle in diesem Bereich tätigen Organisationen gingen davon aus, dass die Zahl der Obdachlosen in Zukunft sogar „noch weiter steigen“ werde. Zudem nehme auch der „Anteil von EU-Bürgern und weiteren Ausländern“ bei den Wohnungslosen stetig zu. „Wohnungslosigkeit ist ein riesiger sozialer Sprengstoff“, warnte die Professorin.

Im „Warmen Otto“: Hilfe für Wohnungslose in Berlin

In Berlin-Moabit existiert seit vielen Jahren die Einrichtung „Warmer Otto“, eine Institution und Anlaufstelle für obdach- und wohnungslose Menschen oder für solche, die von Wohnungsverlust bedroht sind. „Die Möglichkeiten zur Hilfe, die wir haben, sind sehr unterschiedlich“, erklärte Karsten Krull, Leiter der Wohnungslosentagesstätte, im Sputnik-Interview. Wie vielen Menschen er dort bisher schon geholfen habe, könne er kaum beziffern. „Aber es gibt schon Einige, denen wir helfen konnten“, sagte er.

„Wir sollten eine Förderung anstreben, die gesamtstetig ist“, forderte er mit Blick auf die Berliner Landespolitik und den Bund. „Das heißt, eventuell auch über den Senat. Und nicht nur über die Bezirksämter. Weil die Zuwendung für uns immer ein Gnadenbrot ist. Man hat keinen Rechtsanspruch darauf.“

Der „Warme Otto“ werde aus dem Etat des Bezirksamts Berlin-Mitte finanziert, erklärt Krull. Auch zeige er sich froh, dass durch die Sozialverbände eingeführte Neuerungen wie die Kältehilfe bald mehr Menschen auf den Straßen helfen werden.

„Kältehilfe nicht nur nachts notwendig“

„Die Berliner Kältehilfe erweitert ab dem 1. November 2018 ihre Angebote“, teilten die Sozialverbände am Donnerstag, nach der Pressekonferenz in einer gemeinsamen Erklärung mit. „Seit heute stehen 826 Schlafplätze zur Notübernachtung für Obdachlose bereit. Im Dezember wird die Kältehilfe 933 Notübernachtungsplätze anbieten können. Insgesamt ist geplant, in dieser Kältehilfepériode mindestens 1000 Plätze bereitzustellen. Die Kältehilfe wird bis zum 30. April nächsten Jahres Notübernachtungsplätze anbieten. Die Erweiterung der Kältehilfepériode geht auf den gestiegenen Bedarf an Notübernachtungen in der kalten Jahreszeit zurück. Neben den Kältebussen der Berliner Stadtmission wird auch das Deutsche Rote Kreuz mit seinem Wärmebus unterwegs sein. Die Busse verteilen Schlafsäcke sowie Winterkleidung und fahren hilfebedürftige obdachlose Menschen zu den Notunterkünften.“

Seit 29 Jahren biete die „Berliner Kältehilfe“ obdachlosen Menschen Schutz vor dem Erfrieren. „Als ökumenische Hilfsaktion von Diakonie, Caritas sowie weiteren evangelischen und katholischen Kirchengemeinden entwickelte sie sich im Laufe der Zeit zu einer Berliner Institution. Inzwischen engagieren sich weitere Hilfsorganisationen und ermöglichen somit die Ausweitung der Angebote. Sinn und Zweck der Kältehilfe ist es, zu verhindern, dass Menschen in unserer Stadt erfrieren.“

Jedoch betonten die Wohlfahrtsverbände: „Die Kältehilfe darf kein Ausfallbürgen für eine verfehlte Wohnungspolitik sein. Es nutzt nichts, grundlegende Probleme in die Kältehilfe zu verschieben. Die Ursachen der Wohnungslosigkeit müssen bei der Wurzel gepackt werden. Fehlender und bezahlbarer Wohnraum ist dabei das Hauptproblem“, wurde Caritas-Direktorin Kostka in der Pressemitteilung zitiert.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20181101322830462-wohnung-obdachlose-merkel/>

Meinung**Offener Brief eines Familienvaters an von der Leyen:
Mit transatlantischer Treue in den Wahnsinn!**

1.11.2018 • 13:21 Uhr <https://de.rt.com/1onv>



Quelle: Reuters NATO-Panzer bei einer Übung in Lettland im Oktober 2018

Marco Henrichs ist Extremschwimmer und startet als deutscher Athlet für den Schwimmstützpunkt der Wolgaregion. Seit Jahren setzt er sich für die russisch-deutsche Freundschaft ein. In einem offenen Brief an Verteidigungsministerin von der Leyen kritisiert er deren Russland-Kurs.

RT Deutsch dokumentiert den offenen Brief an Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen im Wortlaut.

Sehr geehrte Frau Verteidigungsministerin!

Ich schreibe Ihnen heute als besorgter Familienvater und deutscher Staatsbürger. Ein deutscher Staatsbürger, der seit 2017 als Leistungsschwimmer für den Wolgastützpunkt in der Russischen Föderation schwimmt. Angegliedert ist dort auch eine Kinderliga mit ca. 1000 russischen Kindern. Kinder, deren Angehörige genauso in Frieden leben wollen wie Familien in Deutschland! Darüber hinaus engagiere ich mich seit 2015 zunehmend für die russisch-deutsche Völkerverständigung im Sport! Ich kenne also recht gut die deutsche und russische Politik und Medienlandschaft.

Zu Ihrer Politik gegenüber der Russischen Föderation!

Ich schreibe Ihnen heute, da seit gestern ca. 10 000 Deutsche Soldaten am NATO-Großmanöver vor der russischen Grenze teilnehmen. 73 Jahre nach Kriegsende sind wieder deutsche Soldaten an der russischen Grenze! Ein unerträglicher und kranker Zustand, der gerade bei unseren kriegstraumatisierten älteren Menschen in Deutschland und Russland ein trauriges Kopfschütteln auslöst! Auch mein Großvater musste in zwei Weltkriegen kämpfen und diesen Wahnsinn ertragen, weil Politiker nicht in der Lage waren, eine Politik der Deeskalation und Diplomatie zu leben! Heute steuern wir in die selbe Richtung Krieg!!!

Sich in die Lage der Russen versetzen!

Stellen Sie sich doch folgende Situation vor! Sie leben mit ihrer Familie in Russland, unmittelbar an der westlichen Staatsgrenze. Sie hören Manövergranaten, Panzerkanonen usw.! Hätten Sie keine Angst um Ihre Kinder? Haben Sie, Deutschland und die NATO-Streitkräfte, vergessen, was für ein Wahnsinn in Europa und der Welt vor über 70 Jahren tobte?

Manipulation unserer Medien gegen Russland!

Was ich zudem verurteile, sind die Lügen in unseren öffentlich-rechtlichen Medien oder beispielsweise Aussagen in den Bundespressekonferenzen, Russland als den ewigen Aggressor darzustellen. Aussagen, die ich als Sportler in der Russischen Föderation so nicht bestätigen kann! Im Gegenteil ist unser großer Nachbar im Osten uns westlichen Bürgern (und uns Deutschen) gegenüber sehr positiv gestimmt!

Die Aggression liegt im Westen nicht im Osten!

Wenn sich die NATO um Russland "sorgt", frag ich mich, warum NATO-Truppen an der russischen Grenze stehen und nicht umgekehrt! Russland gibt jährlich ca. 80 Milliarden US-Dollar gegenüber ca. 900 Milliarden an Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten und NATO aus! Allein in diesem Verhältnis sehe ich die Aggression deutlich auf Seiten der NATO und nicht auf der russischen Seite!!!

Humanitäre Verantwortung statt Verantwortung gegenüber der Rüstungsindustrie!

Ich höre häufig Sätze wie, "wir hätten eine internationale Verantwortung"! Wir haben natürlich eine Verantwortung gegen Hunger und Elend. Aber nicht durch Bomben und Granaten! Stattdessen werden wir von einem Krieg in den anderen von NATO und westlichen Medien reingelogen und es wird als humanitärer Einsatz verkauft.

Zu guter Letzt zum aktuellen NATO-Manöver vor Russland!

Schon mein Großvater pflegte zu sagen: "Einen Löwen am Schwanz zu ziehen bedeutet nicht mutig zu sein, sondern ist ein Zeugnis unendlicher Dummheit!" Eine Dummheit, die für Millionen von Menschen auf "allen Seiten" den Tod bedeuten kann!

Ich appelliere an Sie als Vater! Ändern Sie zum Wohl aller den Kurs Richtung Russland in einen Kurs Richtung Frieden!!

Ich bedanke mich für Ihre Zeit, Frau Verteidigungsministerin.

Gez.: Marco Henrichs, Langstreckenschwimmer Russische Föderation

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/78619-mit-transatlantischer-treue-in-wahnsinn/>

Warnung aus Wien:

Durchbruchversuch von 20 000 Migranten nach Deutschland möglich

© AFP 2018 / Attila Kisbenedek 14:21 04.11.2018 (aktualisiert 15:31 04.11.2018)

Mehr als 20 000 Migranten aus Pakistan, dem Iran, Algerien und Marokko wollen nach Deutschland und in Skandinavische Länder durchbrechen. Dies schreibt die Kronen Zeitung unter Berufung auf das österreichische Innenministerium am Sonntag.

Demnach könnte ein Durchbruchversuch von mindestens 20 000 Migranten an einem Grenzübergang Richtung Mittel-

europa kurz bevorstehen. Dies folge aus den aktuellsten Informationen über die Lage im bosnisch-kroatischen

Grenzgebiet bei Velika-Kladus, 224 Kilometer von Spielfeld (Grenzübergang Österreichs).

Die Kroaten sollen dort Spezialeinheiten positioniert haben, aber die Lage bereite Sorgen.

„Jetzt kommen andere — keine Familien mehr, und es sind kaum noch Frauen dabei. 95 Prozent dieser Migranten, die da durchbrechen wollen, sind junge Männer, fast alle mit Messern bewaffnet. Auf einen Grenzpolizisten wurde bereits eingestochen“, zitiert die Kronen Zeitung die Beamten.

Die Zuwanderer kämen nicht aus Syrien, sondern aus Pakistan. Es seien auch viele Iraner, Algerier und Marokkaner darunter. Ihr Ziel sei nicht Österreich, weil es für sie einen zu schlechten Ruf habe, sondern Deutschland und Skandinavische Länder.

Zuvor war berichtet worden, dass nach Wien, Prag und Budapest nun auch Warschau den UN-Migrationspakt nicht mittragen wolle. Laut dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki fürchtet sich sein Land davor, dass die nationale Souveränität Polens durch den umstrittenen Pakt eingeschränkt werden könnte.

Alle 193 UN-Mitglieder außer den Vereinigten Staaten hatten das Abkommen im Juli gebilligt. Das rechtlich nicht bindende Dokument soll im kommenden Dezember bei einem UN-Gipfeltreffen in Marokko unterzeichnet werden. Der Pakt soll weltweite Standards im Umgang mit Migranten und Flüchtlingen festschreiben.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20181104322857787-migranten-deutschland-oesterreich/>

Papier übt scharfe Kritik: Deutschland ignoriert die Gesetze – in der Migrantenkrise und im Diesel-Skandal

Epoch Times5. November 2018 Aktualisiert: 5. November 2018 6:59

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hat massive Kritik an der bundesdeutschen Rechtspraxis geübt. Die Gesetze würden einfach ignoriert.

Es sei „etwas ins Rutschen gekommen, wenn der Staat selbst auf gewissen Gebieten Recht nicht anwendet, ignoriert oder nicht durchsetzt“, sagte Papier der „Bild“ (Montagsausgabe). „Indem geltendes Recht nicht eingehalten und durchgesetzt wird, wird ein ungutes Gefühl in weiten Teilen der Bevölkerung geweckt, was die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats anlangt. Das führt dazu, dass Vertrauen in unsere Rechtsordnung, in die Unverbrüchlichkeit des Rechts erschüttert wird.“

Das Resultat dieser Rechtspraxis sei „nach den Wahlen der letzten Zeit offenkundig“, so Papier. Papier erläutert in der „Bild“, in welchen Bereichen er einen Mangel an Durchsetzung bestehenden Rechts sieht.

So sei etwa beim Umgang mit Flüchtlingen und Migranten deutsches und europäisches Recht „über Jahre nicht wirklich umgesetzt worden und wird noch immer nicht durchgesetzt.“ Noch immer sei „in beträchtlichem Maße illegale Zuwanderung nach Deutschland zu verzeichnen“, so der ehemalige Gerichtspräsident. „Eine Grenzschießung steht gar nicht zur Diskussion. Aber Personen, die ersichtlich keinen Anspruch auf Asyl oder subsidiären Schutz in Deutschland haben, weil sie aus einem sicheren Drittstaat einreisen, ist nach geltendem deutschen Recht grundsätzlich die Einreise zu verweigern.“ Wer dennoch Einreisen ermöglichen wolle, müsse „das Gesetz ändern. Aber das tut man nicht, man ignoriert es einfach.“

Auch beim Diesel-Skandal diagnostiziert das Papier erhebliche Mängel in der Rechtsumsetzung. „Da geht es nicht nur um die Industrie und deren Manipulationen, sondern auch um Politikversagen“, so Papier. „Der Diesel-Skandal hat nämlich auch deutlich gemacht, dass seit Jahren verbindliches europäisches Recht nicht umgesetzt worden ist. Konkret geht es vor allem um Grenzwerte für Schadstoffe, die von der EU schon vor Jahren verbindlich festgelegt worden sind. Diese Grenzwerte, die der Luftreinhaltung und dem Gesundheitsschutz dienen, sind schlicht und dauerhaft ignoriert worden.“ (dts)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/papier-kritisiert-erosion-des-rechtsstaates-a2695247.html>

Merkels „Rücktritt“: Das finale Täuschungsmanöver einer passionierten Deutschlandvernichterin

30. Oktober 2018 Michael Mannheimer 185



Gelesen: 9.177 √ Von Michael Mannheimer, 30. Oktober 2018

Der Teilrückzug Merkels ist allein der Verdienst der AFD. Ohne diese Partei kein Einbruch der CDU und der SPD. Und die AFD ist undenkbar ohne den deutschen Widerstand. Sie ist gewissermaßen dessen Parlamentarisierung. Und damit ein Triumph deutscher Patrioten gegen die schiere Übermacht des linkspolitischen Establishments. Doch ist Merkel keinesfalls am Ende.

Merkel ist eine ausgewiesene Machiavellistin*

Merkel ist ein Machtmensch, wie er im Buche steht. Und sie ist eine Psychopathin: Unfähig, echte Gefühle für andere zu entwickeln. Und unfähig, Verantwortung für ihr Tun zu übernehmen. Was die beiden typischen Hauptmerkmale eines Psychopathen sind. Treffen Psychopathologie und Macht zusammen, dann wird es hochgefährlich: Ob in einem Unternehmen oder in einem Staat: Psychopathen sind der Albtraum der ihnen unterstehenden Menschen. Leider sind, so alle Ergebnisse der psychiatrischen Forschung, Psychopathen überdurchschnittlich intelligent.

Hinweis: Intelligenz ist nicht – wie viele Menschen glauben – mit Ethik verbunden. Intelligenz und Ethik sind zwei völlig verschiedene Dinge. Und werden auch in zwei völlig unterschiedlichen Bereichen des menschlichen Hirns „produziert“. Der Sitz der Intelligenz ist die Großhirnrinde. Der Sitz der Moral (Ethik) ist der präfrontale Cortex, ein Bereich des Gehirns direkt hinter der Stirn. Dieser Cortex ist bei Psychopathen nachweislich kleiner als bei normalen mitfühlenden Menschen.



*

Machiavellismus ist eine im 16. Jahrhundert aufgekommene Bezeichnung für eine Niccolò Machiavelli (1469–1527) zugesprochene politische Theorie, nach der zur **Erlangung oder Erhaltung politischer Macht jedes Mittel unabhängig von Recht und Moral** erlaubt ist. *Machiavellismus* ist zumeist negativ konnotiert und wird abwertend verwendet. Machiavellismus wird in der Psychologie als Persönlichkeitsmerkmal verwendet und ist auch Bestandteil des Konzepts **Dunkle Triade**: Die *Dunkle Triade* oder auch *Dunkler Dreiklang* (englisch *Dark Triad*) **bezeichnet die Persönlichkeitsmerkmale Narzissmus, Machiavellismus und (subklinische) Psychopathie** und ihre Zusammenhänge. Das Konzept wurde von den kanadischen Psychologen Delroy L. Paulhus und Kevin M. Williams im Jahre 2002 geprägt.

[D. L. Paulhus, K.M. Williams: *The Dark Triad of Personality*. In: *Journal of Research in Personality*. 36, 2002, S. 556–563. doi:10.1016/s0092-6566(02)00505-6]

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht. Wer 1000mal lügt, dem soll man glauben, dass er zurücktritt?

Merkels Rückzug als Parteivorsitzende ist ein taktischer Schachzug. Denn sie müsste, ihren eigenen Worten gemäß, dann auch als Bundeskanzlerin zurücktreten. Merkel hat stets betont, dass für sie Parteivorsitz und Bundeskanzlerschaft „untrennbar miteinander verbunden“ sind. Als „Physikerin“ von Gnaden der SED muss sie wissen, dass mit ihrem Rücktritt vom Parteivorsitz damit auch ein Rücktritt als Bundeskanzlerin eine **logische** Folge wäre.

Doch Psychopathen halten sich nicht an logische Zusammenhänge. Und sie haben keine Ethik, die ihnen gebietet, sich an ihre eigenen Worte zu halten. Die einzige „Ethik“ von Psychopathen ist ihre Macht. Dieser Macht ordnen sie alles unter. Stalin, ebenfalls ein ausgewiesener Psychopath, ließ kaltblütig seine Familie umbringen.

Seine Zweitfrau Allilujewa tötete sich nach einem Streit mit Stalin in den frühen Morgenstunden des zweiten Tages nach dem Ende der Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution in einem Zimmer der Kreml-Wohnung, indem sie sich, auf dem Bett liegend, in die Brust schoss. Die Waffe, eine Walther PP, hatte ihr Bruder Pawel kurze Zeit zuvor aus Berlin für sie mitgebracht.

Ihre Schwester **Anna Redens** wurde auf Stalins Befehl hin festgenommen, nachdem sie angekündigt hatte, Allilujewas Memoiren verfassen zu wollen, und 1948 wurde sie wegen Spionage zu zehn Jahren Gulag verurteilt. Beide Ereignisse, die direkt mit Stalins psychopathischer Natur zu tun hatten, ließen Stalin genauso unberührt, wie die deutschen und europäischen Opfer islamischer Terroristen Merkel kalt lassen.

Merkel und Stalin sind aus demselben Holz. Der Unterschied liegt allein in der Machtfülle dieser beiden Psychopathen: Stalin hatte die *totale* Macht. Merkel hat im Vergleich zu ihm nur eine *ingeschränkte* Macht – dennoch eine, die in jeder gesunden Demokratie sofort mit einem Impeachment-Verfahren (der deutsche analoge Begriff ist das „konstruktive Misstrauensvotum“) und damit der Entmachtung des Kanzlers enden müsste.

Merz ist bloß eine Schachfigur.

Der König ist und bleibt Merkel.

Merz, ein ausgewiesener Transatlantiker und daher keine Alternative zu Merkel, sondern eine reine Schein-Alternative, dient dazu, das zutiefst ramponierte Ansehen der CDU wieder aufzupolieren. Seine ihm zugedachte Rolle ist, Hoffnung bei den Stammwählern der CDU zu wecken, die scharenweise die AfD oder (man glaubt's nicht: Die Grünen) wählten, wieder zurückzugewinnen.

Doch Merz wird die völlig bolschewisierte CDU nicht ändern können. Vergessen wir nicht, dass Merkel im Dezember 2015, also auf dem Höhepunkt der von ihr verursachten Masseninvasion durch Millionen Moslems, mit 99 Prozent der Stimmen der CDU-Delegierten zur Parteivorsitzenden gewählt wurde. Und vergessen wir nicht, dass die meisten dieser Delegierten auch heute wieder im Bundestag sitzen. Also: dass die meisten derzeitigen CDU-Bundestagsparlamentarier merkelhörig sind.

Die einzige sinnvolle Aufgabe von Merz wäre es, gegen Merkel ein konstruktives Misstrauensvotum zu organisieren. Dies ist die einzige legale Möglichkeit, einen Bundeskanzler mit rechtlichen Mitteln zu stürzen. Im Grundgesetz in Artikel 67 ist ein „**Konstruktives Misstrauensvotum**“ für Deutschland vorgeschrieben. Diese besondere Regelung bedeutet, dass es nicht möglich ist, den Regierungschef einfach abzuwählen. *Gleichzeitig* nämlich, mit der Abwahl, **muss** auch ein neuer Bundeskanzler gewählt werden, der dann eine neue Regierung bildet. Der historische Hintergrund für diese Regelung ist in der Weimarer Republik zu suchen. Dort wechselten die Regierungen wie heute in Italien. Da es damals kein konstruktives Misstrauensvotum gab, sondern ein neuer Bundeskanzler erst – oft nach wochenlangen Bemühungen, eine parlamentarische Mehrheit für ihn zu finden – gewählt werden musste, war Deutschland wochen-, oft monatelang ohne politische Führung. Um dies zu vermeiden, wurde das sinnvolle Konstrukt „*Konstruktives Misstrauensvotum*“ für Deutschland vorgeschrieben.

Wie sehen die Chancen für ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Merkel im Bundestag aus?



Quelle: https://www.bundestag.de/parlament/plenum/sitzverteilung_19wp

Wie sich aus obiger Grafik erkennen lässt, haben CDU/CSU und AfD (dies wären die einzigen Parteien, die einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Merkel zustimmen würden) **insgesamt 326 Sitze/Stimmen**.

Das heißt im Klartext: Vorausgesetzt, *alle* CDU/CSU-Abgeordnete würden gegen Merkel stimmen, ergäbe sich immer noch nicht für die Abwahl Merkels die erforderliche Anzahl von 354,5 Stimmen.

Damit ist klar: Merz wird nichts ändern. Und Merkel bleibt bis zum Ende der Legislaturperiode Kanzlerin. Bis dahin wird sie, ihr politisches Ende vor Augen, *alles* tun, um in Deutschland irreversible Zustände zu schaffen: Das heißt,

- sie wird den UN-Migrationspakt (der von den Verbrechermedien komplett verschwiegen wird) 1:1 umsetzen
- und Abermillionen Afrikaner und Moslems aus dem Nahen und Mittleren Osten nach Deutschland schaffen.
- Sie wird den Plan Coudenhove-Kalergis umsetzen, Europa zu einem Mischvolk niedriger Intelligenz zu machen,
- wobei die Führung dieses einstmaligen weißen Europa an die Juden (so Kalergi) fällt.



Die Juden, die in zahlreichen Schriften und politischen Reden eine Massenmigration und Vermischung der Rassen fordern, selbst aber jede Vermischung mit anderen Rassen vehement ablehnen, sind, da vertreten an den Schaltstellen der meisten Geheimbünde (*Freimaurer, Illuminati, B'nai-B'rith-Orden u.v.a.m*) und da sie einen Großteil der Banken kontrollieren, die vermutlich bedeutendsten Unterstützer Merkels. Merkel ist nicht umsonst **Kalergi-Preisträgerin**. Und sie ist nicht umsonst **Preisträgerin des B'nai-B'rith-Ordens** (s.Foto oben links)– der, interessant genug, seine Preise eigentlich nur Juden gegenüber vergibt. Was dies bedeutet, das mag sich jeder meiner Leser selbst denken

Merkel wird Kanzlerin bleiben. Und ihre Mission, Deutschland zu vernichten, vollenden.

Ob Merz oder nicht. Er wird **nichts** gegen Merkel ausrichten können. Eine Kanzlerin wird von der Mehrheit des Bundestag gewählt. Und nicht von einer Partei. Daher ist Merkels Position als faktische *Kanzlerin der Grünen und Roten* **unanfechtbar**. Man wird sie nur tot aus dem Kanzleramt entfernen können. Oder durch einen Militärputsch. Beides ist in weiter Ferne.

Abgesehen davon ist völlig unklar, ob Friedrich Merz heute noch derselbe ist wie Friedrich Merz des Jahres 2004, als er von Merkel geschasst wurde und sich aus dem Leben als aktiver Politiker verabschiedete. **Friedrich Merz** war bis zu seinem Rauswurf durch Merkel führender Politiker der BRD-Blockpartei CDU und der letzte verbliebene Hoffnungsträger des deutschen Konservatismus.

Die Macht- und Postenfülle von Merz im internationalen Banken- und Wirtschaftswesen ist erschlagend

Inzwischen gehört Merz diversen Netzwerken von Einflußagenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der BRD an, hervorgehoben der **Atlantik-Brücke**. Im Frühjahr 2016 berief man ihn zum Aufsichtsratsvorsitzenden der **jüdischen weltweit größten Vermögensverwalters BlackRock** Deutschland.

BlackRock hat mehr als vier Billionen Euro eingesammelt – von Staatsfonds, Versicherungen und Sparem weltweit, und ist so zum größten Vermögensverwalter der Welt aufgestiegen. Er verteilt das Geld möglichst gewinnbringend auf Aktien, Anleihen und andere Wertpapiere. Besonders viel Geld legen die Kunden in Indexfonds der Tochter „iShares“ an. Diese bilden die Entwicklung eines Indexes wie dem Dax ab, und sind als kostengünstige Anlage beliebt. So kommt es, daß BlackRock Anteile an allen Dax-Unternehmen hält. Über seine vielen Fonds ist der VS-Konzern beispielsweise größter Einzelaktionär der Chemiekonzerne **BASF** und

Bayer. Zusammengerechnet sind die Dax-Beteiligungen des Konzerns mehr als 50 Milliarden Euro wert. Quelle

- Merz war bis Februar 2014 Partner der internationalen Rechtsanwaltskanzlei **Mayer Brown LLP**.
- Weiterhin gehörte er den Aufsichtsräten der **AXA Konzern AG** (bis 30. Juni 2014),
- der **DBV-Winterthur Holding AG**, der **Deutsche Börse AG** (13. Mai 2015)
- und der **IVG Immobilien AG** (bis 20. Mai 2010) an.
- Weiterhin gehörte Merz den Beiräten der **Borussia Dortmund Geschäftsführungs-GmbH**
- und der **Commerzbank AG** (bis Ende 2009) an.
- Merz war darüber hinaus Mitglied des **Verwaltungsrates** der **BASF Antwerpen N. V.** (bis 30. Juni 2014).
- Heute ist er Vorsitzender der Aufsichtsräte der **WEPA Industrieholding SE** und der **BlackRock Asset Management Deutschland AG**.
- Anfang Januar 2010 wurde er in den beratenden Verwaltungsrat der Bank **HSBC Trinkaus & Burkhardt** berufen, wo er die Nachfolge des verstorbenen Otto Graf Lambsdorff als Vorsitzender antrat. Außerdem wurde er Mitglied im Aufsichtsrat der Bank.
- Weiterhin ist Merz Mitglied im Verwaltungsrat der **Stadler Rail AG**.
- Seit Dezember 2017 ist er Aufsichtsratsvorsitzender des **Köln/Bonner Flughafens**.

Von einem solchen, im internationalen Finanz- und Wirtschaftswesen fest eingebundenen und *leitend* in der Transatlantikbrücke beschäftigten Politiker die Rettung Deutschlands vor Merkel (genauer dem Merkelsystem) zu erwarten, ist absurd.

Merz ist nicht Teil der Lösung. Merz ist Teil des Problems. Daher sind alle an ihn gerichteten Erwartungen sinnlos vergeudete Hoffnung. Merz wird nichts ändern. Merz wird im Gegenteil die Wirkung Merkels dadurch beschleunigen, dass er fortan als scheinbar gleichberechtigter Partner Merkels auftreten wird. Doch er ist weder gleichberechtigt noch ist er eine Alternative zu Merkel. Es sei denn, mir liefert jemand Aussagen von Merz *gegen* die Massimmigration, *gegen* den an Deutschen verübten Völkermord und *gegen* die Zerstörung Europas im Sinne von Coudenhove-Kalergis. Quelle: <https://michael-mannheimer.net/2018/10/30/merkels-ruecktritt-das-finale-taeschungsmannover-einer-passionierten-deutschlandvernichterin/>

Maaßen stellte Merkel bloß, jetzt muss er in den Ruhestand!

5. November 2018 Deutschland, Politik Von *Alexander Markovics*

von Bundesministerium des Innern/Sandy Thieme (Bundesministerium des Innern/Sandy Thieme) [CC BY-SA 3.0 de (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)], via Wikimedia Commons; Bildkomposition und Hintergrund: Info-DIREKT

Wende im Skandal um den deutschen Ex-Verfassungsschutzchef Maaßen. Anstatt im Innenministerium einen Versorgungsposten zu bekommen, wird er nun sofort in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Der Grund: Maaßen bezeichnete vor einer Versammlung europäischer Geheimdienstchefs die Hetzjagden in Chemnitz als „frei erfunden“.



Maaßens Mut zur Wahrheit führte zum Ende seiner Karriere

Hans-Georg Maaßen hielt die Rede am 18.10. im Rahmen des Berner Clubs, der Vereinigung europäischer Geheimdienstchefs. Doch öffentlich wurde die Rede erst, als das Manuskript den deutschen Nachrichtensendern WDR, NDR und der Süddeutschen Zeitung zugespielt wurde. Darin offenbarte Maaßen, dass die von deutschen Medien kolportierten „Hetzjagden in Chemnitz“ weder von der örtlichen Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Lokalpresse, des Ministerpräsidenten noch vom Verfassungsschutz stattgefunden hatten.

Wahrheit führte im Merkelregime zum Karriereende

Damit hat Maaßen die Erzählung von Hetzjagden und ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz welche zuerst vom Youtuber „Antifa_zeckenbiss“ und dann von der deutschen Bundesregierung (!!!) kolportiert wurden, vor den versammelten Geheimdienstchefs von Europa ins Reich der Lügen verwiesen.

Deutsche Regierung als Verbreiterin von „Fake News“ dargestellt

In seiner Rede zeigte er sich vom Verhalten der deutschen Medien und Politik tief erschüttert, welche laut Maaßen Falschinformation entweder frei erfinden oder ungeprüft verbreiten. Für ihn stellt dieses Verhalten eine neue Qualität der Falschinformation dar. Zwischen den Zeilen kann man deutlich lesen, dass die deutsche Regierung somit zum größten Produzenten von „Fake News“ geworden ist.

Kampf gegen Rechtsextremismus rechtfertigt nicht Erfindung von Straftaten

Weiters stellte Maaßen klar, dass der „(...) Kampf gegen Rechtsextremismus es nicht rechtfertigt, rechtsextreme Straftaten zu erfinden.“ Das Verbreiten der Wahrheit hat eine Regierungskrise in Deutschland ausgelöst.

Quelle: <https://www.info-direkt.eu/2018/11/05/maassen-stellt-merkelregime-bloss-muss-ruhestand/>

Islands Premier lacht die EU aus und will die NATO verlassen!

2. November 2018 International, Standpunkte



Bild: Johannes Jansson/norden.org [CC BY 2.5 dk (<https://creativecommons.org/licenses/by/2.5/dk/deed.en>)], via Wikimedia Commons; Hintergrund: Nicolas Raymond via flickr; *Von Alexander Markovics*

Innerhalb Europas hat Island eine politische Sonderstellung. So rettete die Inselnation weder 2008 die Banken, noch trat sie der EU bei. Mit ihrem Wunsch, die NATO verlassen zu wollen, lässt Premierministerin Katrín Jakobsdóttir international aufhorchen.

Kritik an EU-Wirtschaftspolitik

Als Hauptgrund dafür, warum Island nicht der EU beitreten will, gibt Jakobsdóttir die undemokratische Finanzpolitik der EU an. In einem Interview mit dem EU Observer bezeichnete sie die Europäische Zentralbank als „machtvoll, aber undemokratisch“. Die Wirtschaftspolitik der EU sei zu weit von den Menschen entfernt und habe gesellschaftliche Gräben geschaffen, welche ohne sie nicht existieren würden, so Jakobsdóttir weiter. Mehr als 60% der Isländer lehnen einen EU-Beitritt ab.

Ablehnung der NATO, für friedliche Lösung

Vor dem Hintergrund des NATO-Manövers „Trident Juncture“ sprach sich Islands Premier für einen Austritt aus der NATO aus. Das größte Manöver des westlichen Bündnisses seit dem Ende des Kalten Krieges richtet sich gegen einen „fiktiven Aggressor“. Im NATO-Jargon ist damit Russland gemeint. Jakobsdóttir spricht sich gegen das Säbelrasseln und für eine friedliche Lösung des Konflikts mit Russland aus. Da Jakobsdóttir von der linksgünen Partei aber im Koalitionsabkommen mit Fortschrittspartei und der Unabhängigkeitspartei einen NATO-Austritt ausgeschlossen hat, wird es vorerst zu keinem Austritt aus dem transatlantischen Militärbündnis kommen. Islands Premier vermutet, dass die Ablehnung der NATO mittlerweile in Island genauso groß ist wie jene der EU.

Quelle: <https://www.info-direkt.eu/2018/11/02/islands-premier-lacht-die-eu-aus-und-will-die-nato-verlassen/>

NEIN, noch drei Jahre Merkel als Kanzlerin!!!

Montag, 29. Oktober 2018 , von Freeman um 16:00

Man kann das angekündigte Ende ihrer politischen Laufbahn auch anders sehen. Statt sofort von allen Ämtern zurückzutreten, was längst überfällig wäre, will Angela Merkel noch die gesamte restliche Amtszeit ausharren und erst 2021 nicht mehr Kanzlerin sein. Noch drei Jahre ... bitte nicht!!!



Wenn ich nur ihre Fresse sehe wird mir schlecht

Sie hat nach dem Ergebnis der Landtagswahl in Hessen gesagt: *"Die CDU konnte die Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend überzeugen"*. Der gestrige Wahlsonntag müsse als Zäsur wahrgenommen werden.

Dann sagte sie, die Gründe für die Wahlniederlage führe sie in ganz erheblichem Masse auf die Bundespolitik zurück, für die sie ja verantwortlich ist. Und dann will sie diese Politik noch drei Jahre fortsetzen???

Wenn sie schon selbstkritisch mit sich selber ins Gericht geht, *"das Bild, das die Regierung abgibt, ist inakzeptabel"*, dann müsste sie konsequenterweise sofort zurücktreten.

Warum ganz Deutschland mit ihrer Unfähigkeit und ihrem Landesverrat weiter quälen und weiter schaden?

"Ich werde nicht wieder für den Vorsitz der CDU kandidieren." Das kündigte die Kanzelbrunzerin am Montagmittag öffentlich an. *"Dies ist meine letzte Amtszeit als Bundeskanzlerin"*, sagte sie auch. Sie möchte aber ihre Amtszeit als Regierungschefin zu Ende bringen.

Weiter stellte Merkel klar, in Zukunft kein weiteres politisches Amt mehr bekleiden zu wollen.

Gut, aber warum nicht gleich alles niederlegen und endlich verschwinden???

Ihren Rücktritt als CDU-Vorsitzende habe ich schon 2003 von ihr verlangt, schriftlich vor 15 Jahren und bevor sie von den Bilderbergern zur Kanzlerin gemacht wurde, weil sie den Angriffskrieg gegen den Irak befürwortet hat.

Sie hat den verbrecherischen Krieg von George W. Bush und Tony Blair, der komplett mit Lügen begründet wurde, ausdrücklich unterstützt und der BND lieferte die gefälschten Beweise dazu.

Sie ist damit für die über eine Million Toten und über 4 Millionen Flüchtlinge mitverantwortlich. Dann führt sie schon seit 13 Jahren den unsäglichen Krieg gegen Afghanistan, der nicht beendet wird.

Eigentlich müsste sie wegen Kriegsverbrechen nach Den Haag, dort verurteilt werden und lebenslänglich ins Gefängnis!

Dann noch dies: Wer sich ständig über die eigene Regierung aufregt, oder sogar über die Regierungen anderer Länder, aber nicht mal die Namen der lokalen Politiker des eigenen Wohnortes kennt, Bürgermeister, Gemeinderat, Abgeordnete, sollte sich schämen und den Mund halten.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2018/10/nein-noch-drei-jahre-merkel-als.html#ixzz5WKywS67B>

US-General – Krieg in Afghanistan nicht gewinnbar

Sonntag, 4. November 2018 , von Freeman um 22:32



Alle deutschen Befürworter des nunmehr siebzehnjährigen Krieges in Afghanistan, wie Angela Merkel, so wie auch die ganzen deutschen Kriegsminister der Vergangenheit, Rudolf Scharping (SPD), Peter Struck (SPD), Franz Josef Jung (CDU), Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), Thomas de Maizière (CDU) und die amtierende Ursula von der Leyen (CDU), sollen ihre Ohren spitzen und zur Kenntnis nehmen, der amerikanische General,

der für die Operationen der USA und der NATO in Afghanistan verantwortlich ist, hat eine Bombe platzen lassen, indem er das historische Eingeständnis machte, dass die USA und seine Alliierten in Afghanistan den Krieg nicht gewinnen können!!!

In seinem Gespräch mit NBC News letzte Woche, machte General Austin Scott Miller seine ersten öffentlichen Äusserungen, nachdem er das Oberkommando am 2. September übernommen hatte, und schockierte mit seiner aufrichtigen Einschätzung, dass der Krieg in Afghanistan NICHT militärisch gewonnen werden und der Frieden nur durch direkte Beteiligung und Verhandlungen mit den Taliban erreicht werden kann – genau der Terrorgruppe, die die US-Streitkräfte bei ihrer Invasion im Jahr 2001 innerhalb kürzester Zeit besiegen wollten. *"Dies wird nicht militärisch gewonnen werden können", sagte General Miller. "Es wird eine politische Lösung sein müssen."*

Die grösste Militärmaschinerie der Welt ist seit 17 Jahren nicht in der Lage, eine Gruppe von Mudschaheddin, die über keine Luftwaffe verfügt und keine High-Tech-Waffen besitzt, zu besiegen. Im Gegenteil, die Taliban kontrollieren mehr Territorium in Afghanistan als je zuvor in den letzten Jahren.

Erst vor zwei Wochen entging General Miller nur knapp einem Attentat auf sein Leben, als ein bewaffneter Schütze nach einem Treffen im Gouverneurspalast in der südafghanischen Provinzhauptstadt Kandahar auf die Teilnehmer feuerte.

Getötet wurden aber der Polizeichef Atschikisai sowie der Geheimdienstchef von Kandahar, Abdul Momin. Zudem wurde der Gouverneur von Kandahar, Sulmai Wesa, verletzt. Die Taliban bekannten sich zum Attentat. Dieses Eingeständnis über ein militärisches Totalversagen ist deshalb bemerkenswert, weil die Vereinigten Staaten insgesamt weit mehr als 840 Milliarden Dollar für den Krieg gegen die Taliban ausgegeben haben, einen siebzehnjährigen Krieg, der in heutigen Dollar teurer als der Marshall-Plan ist, die Aktion, um Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufzubauen.

Sogar die New York Times hat kürzlich die unverhohlene Täuschung offizieller Aussagen des Pentagon gegenüber der Realität in Bezug auf die massiven Ausgaben aufgezeigt, die in den nun fast zwei Jahrzehnte andauernden "endlosen Krieg" gesteckt wurden, der unmittelbar nach dem 11. September 2001 begann.

Amerika erlebt sein zweites Korea- und Vietnam-Debakel, kann den "Feind" wieder nicht besiegen, und wird entweder ewig Krieg führen oder den Schwanz einziehen und abhauen müssen.

General Millers Gespräch mit NBC endete mit einer düsteren Note in Bezug auf die "Gesicht retten" und "nichts wie weg" Natur des zukünftigen US-Engagements in Afghanistan.

"Dies ist meine letzte Aufgabe als Soldat in Afghanistan. Ich glaube, sie schicken mich nicht in einer anderen Form wieder hierher. Wenn ich dieses Mal gehe, würde ich gerne Frieden und ein gewisses Mass an Einheit sehen, wenn wir vorankommen."

Interessanterweise kann der Oberbefehlshaber der USA und der NATO jetzt nur noch aus entfernter hoffnungsvoller Sicht von *"gewissem Mass an Einheit"* im Lande sprechen – vielleicht gerade genug, um zumindest einen schnellen Abgang zu erreichen.

Ich möchte daran erinnern, bereits in meinem Artikel vor bald 10 Jahren, habe ich geschrieben, *"der Krieg ist verloren"*, denn der damalige Oberkommandierende aller ISAF und US-Truppen in Afghanistan, US-General Stanley McChrystal, sagte in seiner Beurteilung der Lage, der Krieg in Afghanistan ist verloren, wenn nicht nochmal zusätzlich 40 000 Truppen entsendet werden.

Der Friedensnobelpreisträger Obama hat die Aufstockung dann befohlen, gebracht hat es aber keinen Frieden. Egal wie viele alliierte Streitkräfte in Afghanistan kämpfen, es gibt keinen Sieg auf dem Schlachtfeld.

Jeder der sich mit Geschichte befasst weiss doch, Afghanistan ist das Grab der Imperien!

Trump hat NICHT wie im Wahlkampf versprochen, in seiner zweijährigen Amtszeit den Krieg beendet und die Soldaten abgezogen, sondern im August mehr Soldaten nach Afghanistan geschickt, wie sein Vorgänger.

Wie sagte Albert Einstein? *"Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten."*

Jetzt gesteht "sein" General, der Krieg kann nicht gewonnen werden, und man muss über eine politische Lösung mit den Taliban sprechen. Hallo, darauf kommen sie erst nach 17 Jahren???

Was für eine verbrecherische Verschwendung von Geld und Ressourcen, zur Zerstörung des Landes und von Hunderttausenden Menschenleben, für NICHTS und wieder NICHTS!

Die Verbrecher, die den Angriffskrieg befohlen haben, George W. Bush und sein Kriegsminister Donald Rumsfeld, plus die Staatsschefs der ISAF-Länder, UK, Kanada, Australien, Italien, Georgien, Jordanien, Türkei, Bulgarien, Polen, Rumänien, Spanien, Tschechische Republik und besonders Deutschland, die ihn unterstützt haben und bis heute führen, laufen frei herum, statt im Gefängnis zu sitzen!!!

Peter Struck (SPD), der Vater des völkerrechtswidrigen und verfassungswidrigen Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan, hat den Satz geprägt: *"Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt."* Eine der grössten Lügen eines deutschen Politikers in der Neuzeit.

Struck ist seit dem 19. Dezember 2012 tot und kann nicht mehr belangt werden, der Krieg hat ihn "überlebt", aber Merkel kann dafür bestraft werden!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2018/11/us-general-krieg-in-afghanistan-kann.html#ixzz5WKzMB6Lf>

Edward Snowden: Israelische Firma half beim Khashoggi-Mord

Veröffentlichungsdatum: 08.11.2018, 14:48

Der US-Whistleblower Edward Snowden beschuldigte auf einer Konferenz in Tel Aviv am Mittwoch ein israelisches Cybersicherheitsunternehmen, die Überwachungssoftware an Saudi-Arabien verkauft zu haben, die die Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi ermöglichte.



Snowden, der auf dieser Konferenz per Videoschaltung von einem unbekanntem Ort in Russland aus sprechen konnte, behauptete, dass die israelische Firma NSO Group an Saudi-Arabien Software verkauft habe, mit der das Telefon eines Freundes von Khashoggi ausgespäht wurde.

Er sagte, dass die Rolle, die diese Firma mit ihrer Software bei Khashoggis Mord gespielt habe, «eine der wichtigsten Geschichten ist, über die nicht geschrieben wird.»

Er betonte, dass es dabei irrelevant sei, ob diese Firma nun in Israel sitzt oder anderswo. Relevant sei einzig, dass solche Software an «einige sehr böse Akteure» verkauft würde, um die Menschenrechte von Dissidenten, Oppositionellen und Aktivisten zu verletzen.

Es funktioniere so, dass diese Unternehmen Nachrichten an ein Handy senden, die dem Handynutzer unverdächtig und zugleich aber wichtig erscheinen, zum Beispiel mit dem Betreff eines erwarteten Pakets oder einer Lieferung.

«Sobald du auf den Link klickst — und jeder klickt irgendwann auf einen solchen Link, weil sie dies hundert Mal auf hundert verschiedene Arten ausprobieren können, immer wieder von einer anderen Nummer — gehört von nun an demjenigen dein Telefon, der dir diese Nachricht geschickt hat. Alles, die gesamte Historie in deinem Telefon, können sie nun sofort kopieren.

Alles, was von diesem Tag an auf deinem Handy passieren wird — überall, wo du hingehst; jeder, den du anrufst; alles, was du liest; jedes Foto, das du machst, eigentlich alles, was du sagst, weil sie das Mikrofon aus der Ferne einschalten können, sie können auch die Kamera aus der Ferne einschalten, auch wenn du noch gar kein Foto gemacht hast, alles, was jetzt gerade mit diesem Gerät geschieht, alles, woran dein Handy beteiligt ist: diese Firma und ihre Kunden sind jetzt ein Teil davon.»

Jamal Khashoggi wurde am 2. Oktober 2018 nach dem Betreten des saudi-arabischen Konsulats in Istanbul ermordet. Dazu sollen 15 Personen aus Saudi Arabien angereist sein. Die Untersuchung seines Todes ist noch im Gange und bislang ist unklar, wer den Mord in Auftrag gegeben hat.

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu sagte zu dem Mord am Dienstag, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, wie er in einem Meinungsartikel in der Washington Post veröffentlichte, nicht glaube, dass der saudische König Salman den Mord in Auftrag gegeben habe.

Mevlüt Çavuşoğlu sagte: «Aber es ist auch offensichtlich, dass diese 15 Personen nicht aus freien Stücken nach Istanbul gekommen sind, um Khashoggi zu ermorden. Also bekamen sie Anweisungen von jemandem. Nun müssen wir herausfinden, wer diese Anweisungen gegeben hat.»

«Präsident Erdogan hat zweimal mit König Salman telefoniert, und er kennt König Salman sehr gut, und er ist keine Person, die Menschen anweist, seine eigenen Bürger zu töten. Präsident Erdoğan war sich ziemlich sicher und er war überzeugt, dass König Salman nichts mit diesem Mord zu tun hatte.»

Quelle: <https://de.news-front.info/2018/11/08/edward-snowden-israelische-firma-half-beim-khashoggi-mord/>

Geheimpapier führt zu massiver Kritik an Grenzöffnung – Lindner: Enthüllungen werfen „grelles Licht“ auf Merkels Regierungspraxis

Epoch Times 11. November 2018 Aktualisiert: 11. November 2018 21:32

Im September 2015 gab es keine rechtlichen Bedenken gegen eine Schließung der deutschen Grenze. Dies steht in einem Geheimpapier des Innenministeriums. Nun hagelt es Kritik gegen Merkel.

Illegale Migranten kommen mit einem Zug aus Ungarn am Münchener Hbf an. 6. September 2015.

Im Herbst 2015 erstellten Spitzenbeamte einen Plan, wie die deutsche Grenze gegen die anhaltende Massenmigration geschützt werden könnte. Dazu wurden mehrere sogenannte Non-Paper erstellt, die niemals veröffentlicht werden sollten. Über eines dieser Geheimpapiere schreibt die „Welt am Sonntag“.

Das inoffizielle Dokument des Innenministeriums trägt den Titel „Möglichkeit einer Zurückweisung von Schutzsuchenden an deutschen Grenzen“. Die Autoren erörtern darin die rechtliche Handhabe, die Grenzen doch noch zu schließen und Menschen abzuweisen, die als „Flüchtlinge“ über Österreich nach Deutschland strebten. Auch spielte das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration, kurz „GASIM“, in einer vertraulichen Analyse verschiedene Szenarien für die Grenzsicherungen entlang der Balkanroute durch. Vor der Öffentlichkeit sollten diese Überlegungen verborgen bleiben.

Wie bekannt, blieb die Grenze geöffnet, obwohl es nach dem Urteil der Experten keine rechtlichen Bedenken gegen eine Schließung gab. Das geht aus den Geheimpapieren klar hervor. Die Folgen der Migrationskrise für Deutschland nahmen ihren Lauf.

Lindner: „Enthüllungen werfen ein grelles Licht auf die Regierungspraxis von Frau Merkel“

Die Veröffentlichung der Non-Paper in dieser Zeitung führt zu einer Neubewertung der Politik vor allem auf Seiten der Opposition. FDP-Parteichef Christian Lindner fordert endlich eine restlose Aufklärung der gesamten Ereignisse des Jahres 2015.

„Die Enthüllungen werfen ein grelles Licht auf die Regierungspraxis von Frau Merkel. Für das Land zentrale Fragen werden in abgeschotteten und verdunkelten Runden debattiert. Die Entscheidung, ob unser Land über das geordnete Rechts- und Grenzregime hinaus Flüchtlinge aufnehmen soll, hätte aber öffentlich und parlamentarisch debattiert werden müssen“, sagte Lindner der „Welt am Sonntag“.

Die neue Entwicklung bestätige „die Notwendigkeit eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, damit die gesamten Vorgänge des Jahres 2015 offen gelegt werden“.

Die Große Koalition und die Grünen sollten sich endlich dafür öffnen, damit eine Aufarbeitung und Befriedung dieses Komplexes möglich wird“, sagte Lindner.

Lafontaine: Bis heute fehlt es an Transparenz

Ähnlich beurteilt Oskar Lafontaine die Lage. Selbstverständlich müsse man über 2015 reden, um zukünftig Fehler zu vermeiden, sagte der Fraktionsvorsitzende der Linken im Saarländischen Landtag dieser Zeitung.

„Weder der Bundestag noch die Bundesländer noch die europäischen Nachbarn wurden in diese Entscheidungen ausreichend einbezogen. Bis zum heutigen Tag fehlt es an der notwendigen Transparenz, die Voraussetzung einer demokratischen Entscheidung ist.“

Pistorius: „Grenzöffnung war politische Entscheidung der Bundesregierung“

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) lehnt die Einberufung eines Untersuchungsausschusses ab. „Ich wüsste nicht, was das bringen sollte“, sage Pistorius der „Welt am Sonntag“. Die Willensbildung innerhalb einer Regierung sei ein fachlich und manchmal auch juristisch hochkomplexer Prozess.

Am Ende ist es eine politische Entscheidung der Bundesregierung gewesen. Es nützt doch niemanden, diese erneut aufzuarbeiten“, so Pistorius.

Die Fehler, die damals gemacht worden seien, seien intensiv aufgearbeitet worden. „Fest steht, wir waren nicht ausreichend vorbereitet, weder administrativ noch logistisch.“ Heute seien die Lehren aus dem Jahr 2015 gezogen worden.

Statt einen Untersuchungsausschuss zu fordern, sollten „alle Parteien einschließlich der demokratischen Oppositionsparteien die Zeit besser nutzen, um einen Migrationsfrieden zu erarbeiten“, so Boris Pistorius.

Bosbach fordert Rückkehr zur Rechtspraxis vor der Grenzöffnung im September 2015

„Die Entscheidung, im Falle eines Asylgesuches an der Grenze – unter Verzicht auf die bis dahin notwendigen Einreisevoraussetzungen wie Erfüllung der Passpflicht und Visum – die Einreise zu gestatten, war nicht rechtlich geboten, sondern politisch gewollt“, stellt der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach fest.

Das sei ebenso wenig aufklärungsbedürftig wie der Umstand, dass es darüber unterschiedliche rechtliche und politische Bewertungen gab.

Viel wichtiger sei die Frage: „Soll es tatsächlich auf Dauer bei dieser Praxis bleiben? Meiner Überzeugung nach, sollten wir möglichst rasch wieder zur Rechtspraxis vor der Grenzöffnung im September 2015 zurückkehren.“

De Vries: „Wir müssen nach vorne schauen und es besser machen“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries hält auch nichts von einem Untersuchungsausschuss.

„Auf einer endlosen Vergangenheitsbewältigung liegt kein Segen“, sagte de Vries dieser Zeitung. „Meine Überzeugung ist aber, dass wir Vertrauen und Glaubwürdigkeit nur dann zurückgewinnen können, wenn wir nach vorne schauen und es besser machen.“ (dts) Quelle:

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/geheimpapier-fuehrt-zu-massiver-kritik-an-grenzoeffnung-lindner-enthuellungen-werfen-grelles-licht-auf-merkels-regierungspraxis-a2705100.html>

Heinz Hermann Thiele: Angela Merkel war immer eine Autokratin – wie sie es in der DDR gelernt hat

Epoch Times 8. November 2018 Aktualisiert: 9. November 2018 7:10

Der deutsche Unternehmer und Milliardär Heinz Hermann Thiele, Eigentümer von Knorr-Bremse, ist überzeugt: Deutschland befindet sich in einer hochkritischen Situation. Fassungslos ist er über die Unfähigkeit der Regierung, Ziele zu setzen und Ergebnisse zu liefern.



Angela Merkel. Foto: OMER MESSINGER/AFP/Getty Images

In der Talkshow der „Passauer Neuen Presse“ zum Thema „Wohin steuert Deutschland?“ warnt der deutsche Unternehmer und Milliardär Heinz Hermann Thiele, Eigentümer von Knorr-Bremse und Hauptaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der Vossloh AG, vor den Auswirkungen der Politik der derzeitigen Bundesregierung. Er fordert alle Bürger auf, sich dagegen zu wehren.

Mit seinem weltweit aufgestellten Unternehmen erwirtschaftet Thiele jährlich Milliarden Umsätze. Egal unter welcher Regierung, sein Unternehmen ist stabil gewachsen. Auch für die Zukunft scheint eine weitere positive Entwicklung für das Unternehmen gesichert.

Doch mit Blick auf Deutschland unter dieser Regierung – und in diesem Europa – zeigt sich der Unternehmer alles andere als optimistisch. „Qualifikation und Verantwortung ist für mich in dieser Regierung nicht mehr erkennbar“, so Thiele.

Über die Große Koalition sagte er: „Wenn drei Großverlierer als Musketiere auftreten, ohne dass sie erkennbar etwas in Bewegung setzen, außer dem Schutz und der Verteidigung ihrer eigenen Positionen, dann ist was faul im Staate Dänemark“.

Trotz der Rekordverluste würde die Regierung immer noch keine Ergebnisse liefern oder klare Ziele definieren. Wichtige Themen wie Außenpolitik und Europa würden nicht mal adressiert. „Ich glaube, dass wir alle Anspruch darauf haben, dass eine von uns gewählte Regierung auch liefert“, so Thiele weiter. Als Unternehmer könnte er sich ein solches Verhalten nicht erlauben.

Kritik übt er auch an den kurzfristigen Versprechungen und Geldspritzen, bei denen „nicht weiter geplant wurde als von hier bis zur nächsten Wand, wie das Kindergeld zu erhöhen oder Mindestlohn oder sonst noch was....“. Die Regierung gebe Hunderte Milliarden aus, um Wähler zu gewinnen, statt in dringend notwendige Maßnahmen zu investieren. „Mit einem mittleren Einkommen kann man in München nicht mehr leben“, so Thiele. Überall werde das Geld mit beiden Händen zum Fenstern rausgeworfen, aber beim sozialen Wohnungsbau passiere gar nichts.

Wenn ich das in meinem Unternehmen so machen würde und Firmengelder dazu verwende, um irgendwelche Vereine, die mir nahe stehen zu fördern, dann würde ich wahrscheinlich ins Gefängnis gesteckt werden“, kritisiert Thiele.

„Die Regierung hingegen darf alles, und das findet auch gar keinen Widerspruch“, so der Unternehmer weiter. Er wolle der Bundesregierung aber nicht alleine die Schuld geben, stattdessen sagt er: „Das Bürgertum ist zu duldsam.“

„Dieses Land gerät in eine hochkritische Situation. Das kann ich hier aus Überzeugung sagen“. Auf dem Thüringer Parteitag sei Bundeskanzlerin Angela Merkel sogar soweit gegangen, dass über einige Themen nicht mehr gesprochen werden durfte – auch über das Thema Flüchtlinge.

„Diese Frau war nie eine Demokratin“

„Wie weltfremd ist diese Frau? Und das liegt daran, dass diese Frau nie eine Demokratin, sondern von Anfang an, wie sie es in der DDR gelernt hat, eine Autokratin war“, so Thiele.

Nachdem er das Buch „Der Schlafwandler“ von Christopher Clark gelesen hatte, eine Analyse, wie es durch die Einmischung verschiedener Interessensgruppen zum ersten Weltkrieg kam, war ihm Angst und Bange. „Wir könnten sogar in eine militärische Situation hineinlaufen und uns dann wundern, wie das möglich ist. Aber ich halte das wirklich für eine Gefahr, wir müssen uns ganz anders positionieren“, so der Unternehmer. „Es wird zu einer Veränderung führen müssen, es ist höchste Zeit.“

Auch die Flüchtlingspolitik hält Thiele für problematisch und vom Ansatz her falsch. „Zwangsweise unterschiedliche Kulturen zusammenzuführen, ist auf die Dauer problematisch“, sagt er. Es sei sinnvoller, den Menschen im eigenen Land zu helfen. Dafür setzt sich der Unternehmer mit einem Projekt in einem Krisengebiet ein.

Es koste wesentlich weniger für fünf Millionen Menschen in ihrem Land ein Zuhause, Arbeitsplätze, Schulen und Infrastruktur zu schaffen, als die Flüchtlingshilfe in Deutschland kostet. „Alleine im letzten Jahr wurden dafür 100 Milliarden Euro auf Bundesebene ausgegeben“, kritisiert der Unternehmer.

Ich will ja gar nicht davon reden, dass ein Mann hier mit drei Frauen und vierzehn Kinder versorgt wird und nicht arbeiten gehen will, weil er zu viel mit seinen Frauen und Kinder zu tun hat“, so Thiele.

„Wir sind in Europa ein vielfältig strukturiertes Land. Wir haben eigene Sprachen, eigene Geschichte und unterschiedliche Kulturen und Fähigkeiten. Das sollten wir uns bewahren“, betont der Unternehmer weiter. Es handele sich dabei auch um eine Frage des christlichen Glaubens und der Wahrung der Identität.

Thiele beschäftigt nur wenige Migranten

Jährliche Befragungen von jungen Türken, die in der dritten Generation in Deutschland leben, hätten laut Thiele ergeben, dass ihnen im Konfliktfall der Koran wichtiger ist, als das Deutsche Grundgesetz.

„Das ist nur in begrenzten Mengen verträglich und wird zu Konflikten führen“, so Thiele. Die Behandlung der Frauen in der muslimischen Kultur finde er ebenfalls mit unserer Kultur nicht vereinbar. „Das ist einfach wie etwas, das man braucht für gewisse Dinge. Sie hat aber auf keinen Fall eine gleichberechtigte Position.“

Als Unternehmer beschäftigt er einige wenige Migranten. Es seien nicht viele, denn die meisten hätten weder die notwendige Qualifikation noch den Willen sich zu integrieren oder die Sprache zu lernen. (nh)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/wirtschaft/unternehmen/deutscher-unternehmer-und-milliardaer-angela-merkel-schafft-die-demokratie-ab-diese-frau-war-immer-eine-autokratin-a2701987.html#>

Verzweifelte Mitarbeiterin der Ausländerbehörde an CDU-Abgeordnete: „Wir haben hier KEINE funktionierende Kontrolle mehr“

Von [Gastautorin Vera Lengsfeld](#) 11. November 2018 Aktualisiert: 12. November 2018 6:57

"Ich arbeite seit 24 Jahren in der Ausländerbehörde Ihres Wahlkreises und erlebe täglich, was tatsächlich läuft und wie sehr wir seit Herbst 2015 jegliche Kontrolle verloren haben...." schreibt eine verzweifelte Mitarbeiterin der Ausländerbehörde in einem Brief an Frau Dr. Leiker.



MigrantenFoto: iStock

Nach dem Ende der DDR konnte ich einen Tag lang die Akten des Büros von Egon Krenz studieren, Kurzzeit-Staatschef der DDR und langjähriges Politbüromitglied für Sicherheitsfragen.

Ich fand Tausende Briefe verzweifelter Betriebs-Parteisekretäre, die versuchten, dem Politbüro klar zu machen, dass die DDR den Bach runtergeht, wenn nicht umgehend eine Änderung in der Politik eingeleitet wird. Es war nicht ersichtlich, ob den Genossen jemals eine Antwort zukam. Das Ergebnis ist bekannt.

Daran erinnerte ich mich, als ich die Kopie eines Briefes an eine CDU-MdB zugeschickt bekam, der die verzweifelte Lage in einer Ausländerbehörde schildert...

Sehr geehrte Frau Dr. Leiker,

wir hatten vor der Bundestagswahl ein längeres Telefonat, in dem ich ausführlich versucht habe vor Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten zu warnen. Zur Erinnerung: ich arbeite seit 24 Jahren in der Ausländerbehörde Ihres Wahlkreises und erlebe täglich, was tatsächlich läuft und wie sehr wir seit Herbst 2015 jegliche Kontrolle verloren haben.

Wir haben seit 1.1.2005 das Gesetzespaket "Zuwanderungsgesetz", und die Politik ruft seit Jahren, wir bräuchten ein Zuwanderungsgesetz. Es soll ja nächstes Jahr wieder was Neues kommen. Nennen wir es "Einwanderungsgesetz". Wenn ich alleine höre, es wird ein Visum zur Arbeitssuche geben, dann wird mir schlecht.

Frau Dr. Leikert: Es ist bereits seit Jahren so: wer erst einmal hier ist, der bleibt, wenn er nur WILL. Glauben Sie, es würde künftig anders sein, wenn das "Einwanderungsgesetz" kommt? Oder gar, wenn im Dezember von Dr. Merkel der Migrationspakt unterschrieben wird?

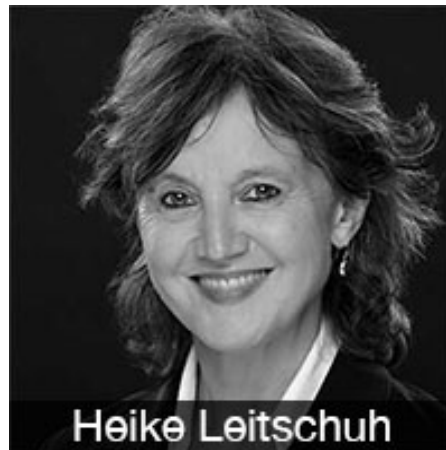
Ich wiederhole: wir haben hier KEINE funktionierende Kontrolle mehr.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/verzweifelte-mitarbeiterin-der-auslaenderbehoerde-an-cdu-abgeordnete-wir-haben-hier-keine-funktionierende-kontrolle-mehr-a2705298.html>

Neoliberales Denken verklebt die Herzen und Hirne

10. November 2018 um 11:45 Uhr | Verantwortlich: Redaktion

Veröffentlicht in: Interviews, Neoliberalismus und Monetarismus, Wertedebatte



Heike Leitschuh

Wird unsere Gesellschaft zunehmend unsolidarischer? Ja, findet die Frankfurter Autorin **Heike Leitschuh**. Eigene Beobachtungen in ihrem Umfeld, aber auch Nachrichten aus den Medien hat Leitschuh zum Anlass für eine Recherche genommen, um der Frage nachzugehen, wie stark der Egoismus in unserer Gesellschaft verwurzelt ist. Ihr Ergebnis: Viele Bürger denken in erster Linie an sich selbst. Dieses Verhalten, so sieht es die Journalistin, ist vor allem an der neoliberalen Ordnung festzumachen, die in Politik und Gesellschaft seit vielen Jahrzehnten vorherrscht. Und: Politiker, aber auch die sogenannten Eliten, lebten ein negatives Verhalten vor, das dann auch bei den Bürgern zum Vorschein kommt. Ein Interview über eine „Kultur des Miteinanders“, die nicht mehr normal ist, so Leitschuh.

Von **Marcus Klöckner**.

Frau Leitschuh, wie kommen Sie darauf, zum Thema Egoismus in unserer Gesellschaft zu recherchieren?

Seit einigen Jahren sehe ich immer deutlicher, dass sich die Kultur des Miteinanders verändert hat. Gerade im öffentlichen Bereich, also wenn man auf der Straße entlangläuft, in der Bahn fährt, oder auch in den Geschäften: Mir fällt immer wieder eine Ruppigkeit im Umgang miteinander auf, die nicht normal ist. Ich habe mich gefragt: Woher kommt das? Warum können die Menschen nicht etwas respektvoller, freundlicher, rücksichtvoller miteinander sein?

Und, können sie?

Sie können schon. Und auch dafür gibt es Beispiele. Aber gerade die positiven Beispiele wirken wie ein Kontrastmittel, das einem zeigt, wie krass Menschen in der Öffentlichkeit miteinander umgehen.

Gab es einen konkreten Auslöser, der Sie zu dem Thema geführt hat?

Den gab es. In Hessen, wo ich lebe, sollen Rettungsfahrzeuge innerhalb von 10 Minuten bei Patienten oder Unfallopfern sein. Die Rettungskräfte können diese Zeit aber oft nicht einhalten, weil sie immer wieder zu Bagatellfällen gerufen werden.

Das heißt?

Menschen haben offensichtlich keine Hemmungen, einen Rettungswagen für absolute Kleinigkeiten, wie einen

Zeckenbiss, einen verletzten Finger, Kopfschmerzen oder ähnliches, zu rufen. Dieses Verhalten führt dazu, dass Rettungskräfte bei wirklich schweren Fällen nicht rechtzeitig ankommen können. Normal wäre es, dass die Patienten, die lediglich eine Kleinigkeit zu beklagen haben, mit gesundem Verstand abwägen und sich bewusst machen, dass ihr „Leid“ nicht an erster Stelle steht und sie keinen Rettungswagen brauchen, sondern sich selber helfen oder zum Hausarzt gehen können. Wir sehen hier eine Einstellung, nämlich: Ich zuerst!, die sich in vielen Bereichen unseres Lebens zeigt.

Dieses Verhalten setzt sich fort in den Notaufnahmen von Krankenhäusern, wo auch oft Menschen mit Kleinigkeiten sitzen, aber sogar anfangen zu randalieren, wenn Sie nicht sofort drankommen. Ganz zu schweigen von Sportplätzen, wo Eltern, die ihre Kinder anfeuern, sich oft völlig unflätig benehmen. Das geht soweit, dass die Spieler gegnerischer Teams auf das Übelste beleidigt werden und nicht einmal Schiedsrichter verschont bleiben.

Ob auf der Straße, in den Krankenhäusern, auf Sportplätzen, in Kitas, Schulen usw., also überall dort, wo Menschen auftreten, stimmt mehr und mehr das Grundlegende nicht mehr.

Was sind denn die Ursachen für dieses Verhalten?

Ja, was ist mit den Menschen los? Meine Antwort lautet: Seit fast 30 Jahren haben wir hier im Land eine Grundhaltung in Politik und Wirtschaft, die die Bürger darauf trimmt, ihr Ego in den Vordergrund zu stellen. Ich muss mein Leben soweit optimieren, dass ich im täglichen Konkurrenzkampf gut bestehe, in allen Bereichen, selbst bei der Partnerwahl. Alles muss sich rechnen, alles wird einer Kosten-Nutzung-Rechnung unterzogen. Stimmt das, was bei dieser Rechnung rauskommt, für mich nicht, dann kann ich das nicht akzeptieren. In so einem Umfeld ist es nur logisch, wenn viele Bürger zu „Ichlingen“ werden.

Sie sprechen vom Neoliberalismus?

Ja. Alles wird kommerzialisiert, dereguliert. Die Idee des Neoliberalismus ist ja, dass größtmögliche Freiheit für die Wirtschaft den größtmöglichen Nutzen für alle bringt. Das stimmt so aber nicht. Freiheit ohne Regeln nützt nur den Starken. Die Schwachen bleiben auf der Strecke. Das wird zum Beispiel deutlich, wenn wir uns die Reichums- und Armutsverteilung anschauen.

Auch wenn es mittlerweile Gegentendenzen gibt und so manchem klar wird, welche Schäden der Neoliberalismus anrichtet: Die Auswirkungen der letzten 30 Jahre kann man nicht auf Knopfdruck abstellen. Leider hat sich vieles schon in den Herzen und Hirnen festgesetzt und sie verklebt. Zum Beispiel meinen inzwischen viele, dass die Schwachen selbst schuld sind an ihrer Lage. Deshalb schwindet die Solidarität. Gerade die kulturellen Wirkungen werden jetzt also erst richtig sichtbar – quasi als Kollateralschaden des Wirtschaftsliberalismus.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich sage sicher nicht, dass alle Menschen Egoisten sind, aber dennoch beschäftigen sich viele von ihnen aufgrund der Ordnung, die sie umgibt, so sehr mit sich selbst, dass sie so handeln, als seien sie Egoisten. Der Riss geht durch uns hindurch: Wir können hilfsbereit sein, aber auch unsympathische Ichlinge. Das Zwischenmenschliche gerät unter die Räder. Ich muss jetzt von A nach B. Ich muss jetzt meinen Job machen. Ich muss jetzt dieses und jenes Produkt kaufen. Ich muss jetzt als Erste an der Kasse sein. Ich, ich, ich.

Hinzu kommen die Ängste, die in der neoliberalen Ordnung entstanden sind. Angst, nicht gut genug zu sein. Angst, nicht mithalten zu können. Angst, nicht ganz vorne dabei zu sein. Angst, seinen Job zu verlieren. Angst, abzustürzen usw. Der Neoliberalismus, aber auch das Unmenschliche und Unüberschaubare in der Globalisierung, verängstigt Menschen.

Wir haben jetzt über die Bürger geredet. Aber wie sieht das Verhalten der Verantwortungsträger auf politischer Seite aus?

Da wird es leider auch düster. Viele Politiker leben den Bürgern nichts Gutes vor. Die ganze Palette an schlechten Eigenschaften können wir immer wieder aufseiten der sogenannten Eliten beobachten. Auch da sehen wir Personen, die immer nur auf das eigene Vorwärtskommen achten. Sie machen gravierende Fehler, sind aber nicht bereit, für ihr Fehlverhalten geradestehen.

Manager, die fatale Weichenstellungen vornehmen, werden mit Millionen Euro abgefunden. Politiker und Politikerinnen haben mit zur sozialen Ungleichheit in unserer Gesellschaft beigetragen, aber müssen sich nicht verantworten. Der normale Bürger beobachtet dieses Verhalten und sagt sich: Wenn die sich nicht an Regeln halten, muss ich es auch nicht.

Der Umgang von Politikern miteinander, gerade im Parlament, überschreitet bisweilen auch Grenzen. Erinnert sei an Ex-Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, der zu seinem Parteikollegen Wolfgang Bosbach sagte: „Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen.“

Auch im Parlament zeigen Politiker, dass es vielen an Respekt vor ihrem Gegenüber fehlt. Natürlich soll man sich in einem Parlament auch streiten. Debatten müssen geführt werden, durchaus auch heftig. Es geht ja um was. Aber eine gewisse Form muss man doch wahren. Wenn man seine politische Gegnerin verachtet und als Idiotin hinstellt, dann ist das alles andere als ein gutes Vorbild – gerade dann nicht, wenn man die Diskussionskultur im Netz beklagt. Mit der AfD verschärft sich der Ton im Parlament auch nochmal. Auf keinen Fall aber dürfen die Rechtspopulisten die Kultur bestimmen.

Haben wir es in unserer Gesellschaft verlernt, uns auf anständige Weise zu streiten? Gerade auch in den

Medien werden viele Debatten doch gar nicht mehr geführt. Der Meinungskorridor hat sich extrem verengt, offene Debatten werden immer schwerer. Stimmen Sie den Aussagen zu?

Die Fähigkeit zum zivilisierten und respektvollen Streiten scheint uns in der Tat weitgehend abhanden zu kommen. Ich beobachte außerdem, dass sich viele in ihre Echokammern zurückziehen. Ob das Medien oder Bürger sind: Viele wollen am liebsten nur unter sich sein.

Der Soziologe Andreas Reckwitz stellt fest, dass die Schichten und Kulturen kaum noch miteinander in Kontakt sind. Früher saßen die Lehrerin, der Handwerker, die Pfarrerin und der Koch im Wirtshaus gemeinsam am Tisch. Da wurde diskutiert und man hatte Kontakt zu Andersdenkenden. Heute geht man dahin, wo Leute sind, die so aussehen, so denken, so handeln wie ich. Das Schlimme am aktuellen Zustand ist, dass viele meinen, sie wüssten alles besser, der Respekt vor den anderen geht völlig verloren.

Wie lässt sich die Situation verändern?

An zwei Stellen muss angesetzt werden. Beim Individuum und der Politik. Von der Politik erwarte ich, dass sie konsequent überprüft, was sie falsch gemacht hat und falsch macht. Welche Weichen hat sie gestellt, die mit aller Konsequenz nur noch das Ich fördern, während das Wir völlig reduziert wird?

Ich erwarte weiter von der Politik, dass sie auch den ganzen Bereich der Deregulierung von öffentlicher Daseinsvorsorge, Wasserversorgung, Öffentlichem Verkehr usw. rückgängig macht. Mittlerweile haben wir Krankenhäuser, die in Konkurrenz zueinander stehen. Da geht es vor allem um ökonomische Interessen. Das ist doch komplett absurd und gefährlich obendrein.

Außerdem muss die Regierung sich dringend für eine gerechtere Besteuerung einsetzen und alle Steuerschlupflöcher schließen, die Finanzmärkte konsequent regulieren. Es muss verhindert werden, dass immer noch mehr Millionäre entstehen. Und die Reichen müssen einfach mehr zahlen. Wer reich ist, kann auch mehr für das Gemeinwesen tun.

Und ich würde dringend raten, genauer hinzusehen, wo überall in der Gesellschaft – gerade junge – Menschen an alternativen Konzepten für ein Leben und Wirtschaften jenseits von Wachstum und Neoliberalismus arbeiten. Aus diesen vielen kleinen Pflänzchen kann was Großes entstehen. Wenn man sie unterstützt.

Von den Bürgerinnen und Bürgern erwarte ich aber auch, dass sie sich über ihr eigenes Verhalten Gedanken machen. Sie sollten sich fragen: Wie verbringe ich meinen Tag? Lebe ich verantwortungsvoll? Habe ich Zeit, um mich mal um meinen Nachbarn zu kümmern? Kann ich irgendwo helfen, wenn Hilfe benötigt wird? Oder bin ich dauernd nur mit mir, meinem Konsum und meinem Smartphone beschäftigt? Oft sind es nur Kleinigkeiten, die aber dann in ihrer Gesamtheit viel bewirken können. Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=46984>

Bis die Balken brechen



EU-No-Bulletin,News | 8. November 2018

Bundesberns Lügen und Märchen zur EU-Politik

Lügt der Bundesrat, wenn er von zehntausend Einwanderern spricht, aber achtzigtausend kommen? Lügt er, wenn er behauptet, der freie Personenverkehr gelte nicht für Arbeitslose, EU-Arbeitslose aber «zwecks Arbeitssuche» legal in die Schweiz einreisen können? Lügt das Bundesamt für Statistik, wenn es kurz vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit suggeriert, es würden mehr Ausländer die Schweiz verlassen als einwandern?

Echte Lügen sind selten, dafür sind die Politiker und die Medien zu schlau. Aber in der Abstimmung gegen die Masseneinwanderung wurde so viel verdreht, weggelassen und getrickst, dass wir uns zur Feststellung veranlasst sehen: Da wurde gelogen, bis die Balken brachen.

Das Komitee EU-No erarbeitete vor rund drei Jahren erstmals ein Papier, das offensichtliche Fehlinformationen Bundesberns zum Verhältnis Schweiz-EU nach Stichworten in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet, richtiggestellt und gegebenenfalls kurz kommentiert hat. Dieses Papier wurde im Lauf des Jahres 2018 vollständig überarbeitet, teilweise aktualisiert und durch neue «Müsterchen» aus den zurückliegenden Monaten ergänzt. Das EU-No-Bulletin wird den Inhalt dieses Papiers in mehreren Folgen seinen Lesern zugänglich machen.

Im erwähnten Papier weisen Anmerkungen auf die Quellen hin, die den einzelnen Aussagen zugrunde liegen. Den Zugang zu diesen Quellen erhalten Sie via eu-no.ch/luegenpapier.

Abschottung

So wurde die Öffentlichkeit informiert:

«Die Schweiz hat sich mit dem Ja zur Zuwanderungsinitiative in die Isolation manövriert.» (Georg Kreis am 18. Februar 2014 in der «TagesWoche»)

«Die Prosperität der Schweiz basiert nicht auf Abschottung.» (Tages-Anzeiger zum 1. August 2018)

Die Tatsachen:

Die Schweiz liegt sowohl beim Anteil ausländischer Forscher (57 Prozent) als auch beim Anteil der einheimischen Forscher mit Auslanderfahrung (78 Prozent) europaweit mit Abstand an der Spitze. Die Schweiz belegt aktuell bei vielen internationalen Rankings in der Forschung und Innovation Spitzenplätze in Relation zur Bevölkerungszahl, unter anderem bei den wissenschaftlichen Publikationen oder bei Patentanmeldungen. Zudem finden die Schweizer Wissenschaftspublikationen in der internationalen Forschungsgemeinde überdurchschnittliche Beachtung.

Und: «Ein Land mit einem Anteil von 25 Prozent Ausländern kann wohl kaum ernsthaft als 'abgeschottet' bezeichnet werden. Allein das Defizit der Schweizer Dienstleistungs-Handelsbilanz gegenüber der EU betrug 2014 fast 50 Milliarden Franken. Für diesen gewaltigen Betrag hat die EU mehr Dienstleistungen in die Schweiz exportiert als aus der Schweiz importiert. Unser Land ist im Bereich Dienstleistungen der zweitwichtigste Abnehmer der EU überhaupt.» (NR Thomas Matter, NZZ vom 18. Mai 2016)

AHV/Sozialwerke/Renten

So wurde die Öffentlichkeit informiert:

«Für die AHV sind die vielen Einwanderer der letzten Jahre ein Segen.» (Tages-Anzeiger vom 7. April 2018)

Die Tatsachen:

Den Zuwanderern stehen Rentenansprüche zu, welche die AHV in dreissig bis vierzig Jahren belasten werden (Bericht des Bundesrats). Dazu kommt, dass EU-Bürger insgesamt nur ein Jahr lang arbeiten müssen und in der Schweiz ein Rentnerleben lang kassieren können, denn: «Für den Bezug von AHV-Ergänzungsleistungen reicht ein einziges Beitragsjahr.»

Arbeitslose/Arbeitslosigkeit

So wurde die Öffentlichkeit informiert:

«Der freie Personenverkehr gilt nicht für Arbeitslose.» (Abstimmungsbüchlein 2005)

Die Tatsachen:

EU-Arbeitslose können legal in die Schweiz einreisen, wenn sie angeben, «zwecks Arbeitssuche» in die Schweiz zu kommen.

Des weiteren wurde die Öffentlichkeit informiert:

«Die Chancen von Arbeitslosen werden mit dem Inländervorrang verbessert. Dies zeigt der Vernehmlassungsentwurf des Bundesrats zum Vorrang von einheimischen Stellensuchenden.» (Tages-Anzeiger vom 24. Juli 2017)

Die Tatsachen:

Ein Vorrang für Arbeitslose im Inland, wie es ihn bis 2008 gab und wie er im Initiativtext gegen die Masseneinwanderung steht, ist das natürlich nicht. Im Gegenteil: Künftig werden die inländischen Arbeitslosen sich auch noch mit den EU-Arbeitslosen um die wenigen Stellen balgen müssen.

Ärztedichte

So wurde die Öffentlichkeit informiert:

«Im übrigen ist wegen der hohen Ärztedichte in der Schweiz auch keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten.» (Abstimmungsbotschaft, 21. Mai 2000)

Die Tatsachen:

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit ist der Anteil der ausländischen Ärzte von siebzehn Prozent stark gestiegen. Fast jeder dritte Mediziner hierzulande wurde im Ausland ausgebildet. Das ist ein viel höherer Anteil als in den Nachbarländern. Und das entspricht einer Zunahme von über 70 Prozent. («Handelszeitung», 14. November 2017)

Auswanderung

So wurde die Öffentlichkeit informiert:

«Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer verlassen die Schweiz.» (Medienmitteilung vom 11. Oktober 2013, 09:15 – BFS, Demografie und Migration 0350-1310-50, Bundesamt für Statistik)

Die Tatsachen:

2011 wanderten 164 612 Personen in die Schweiz ein, 2012 waren es 175 008, 2013 schon 193 302. Zwischen

Mai 2013 und April 2014 wanderten insgesamt 151 852 Personen in die Schweiz ein. Mehr als 350 000 EU-Bürger sind seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 netto in die Schweiz eingewandert.

Quelle: <https://eu-no.ch/bundesberns-luegen-und-maerchen-zur-eu-politik/>

Masseneinwanderung von UNO und EU gewollt 4.86/5 (7)

21/09/201821/09/2018 NPR.NEWS



Es wird immer offenkundiger: Masseneinwanderung, Bevölkerungsaustausch, Invasion – wie manche das sehen, oder wie immer man die „Entwicklung“ der letzten Jahrzehnte bezeichnen will, sind kein Zufall, kein Versagen“ oder ähnliches, sondern von mächtigen Kreisen gewollt und „gemacht“.

Es ist daher auch nicht zu erwarten, dass diese von genau diesen gestoppt werden wird – ganz im Gegenteil! Es zeichnet sich auch immer mehr ab, dass die jetzige Bundesregierung – ebenso wie die Regierungen davor – den Vorgaben von EU und UNO Folge leisten und keine wesentlichen Schritte zum Schutz der heimischen Bevölkerung unternehmen wird, auch wenn in der Propaganda in den Medien zum weit überwiegenden Teil ein anderer Eindruck erweckt wird. Nur ganz selten erfahren wir über die Medien die wirkliche Lage; eine dieser Ausnahmen war ein in der „Kronen Zeitung“ vom 7.8.2018 abgedrucktes Interview von Dr. Tassilo Wallentin mit einem der erfahrensten Asylrichter Österreichs, Dr. Friedrich Kinzlbauer, der u.a. bestätigte, dass es noch immer keine Grenzkontrollen in Österreich gäbe und dass das Asylrecht auch von der neuen Regierung nicht verschärft wurde. Im Original-Wortlaut:

Die Anzahl der bei Gericht anhängigen Asylverfahren wird Ende 2018 der Einwohnerzahl der Landeshauptstadt St. Pölten entsprechen. Zum Vergleich: Letztes Jahr wurden in Österreich 25 000 Anträge gestellt – in Polen waren es nur 5.000 und in Ungarn nur 3500. Auch heuer dürften wieder 25 000 neue Asylanfrage in Österreich gestellt werden. Und zusätzlich dazu wird uns auch noch der Familiennachzug aus dem Jahre 2015 beschäftigen, als an die 90 000 Asylanträge gestellt wurden. Die Grenzen sind weiterhin nicht dicht! Wären sie es, gäbe es auch keine illegalen Einreisen nach Österreich. In Österreich liegt die Möglichkeit für gewisse Länderangehörige Asyl zu bekommen noch immer bei 70 %, in Polen hingegen bei nur 5 %. Das so genannte Fremdenrechtspaket bringt keine Vorteile im Verfahren, im Gegenteil. Der Verwaltungsaufwand wurde sogar erhöht, Österreich nimmt auch weiterhin viel mehr Asylbewerber von anderen Staaten zurück, als wir in andere Staaten überstellen. Und zu den Abschiebungen ist festzustellen, dass die Mehrheit der Abgeschobenen freiwillig ausgereist ist. Dieses Phänomen ist damit zu erklären, dass diese Personen bei freiwilliger Ausreise Rückkehrgeld von Österreich erhalten. Wie viele von ihnen nachher wieder illegal nach Österreich einreisen, darüber gibt es keine Statistiken.“(Quelle:„Die Asyl-Situation hat sich verschärft“)

Auf internationaler Ebene stehen alle Zeichen in Richtung Legalisierung der Einwanderung. Was bisher illegal war, soll Schritt für Schritt legalisiert werden, womit jegliche Handhabe zur Eindämmung verloren gehen wird, da man sich dann nicht einmal mehr auf eine geltende Rechtslage berufen können wird. Und die Österreichische Regierung spielt dabei überall mit, wie alle EU-Staaten mit der einzigen Ausnahme von Ungarn. Daran sieht man, dass es sehr wohl möglich ist, eine andere Haltung einzunehmen.

Die Marrakesch-Deklaration

Eine ökologische und humanitäre Katastrophe ist ausgebrochen. Eine Gruppe hungernder Menschen macht sich auf den Weg nach Europa, um dort Zuflucht und ein besseres Leben zu finden. Unterwegs schließen sich immer mehr Menschen dem Treck an, bis dieser zu einer Völkerwanderung anschwillt. Zu spät erkennen führende europäische Politiker, welche Sprengkraft der Marsch der Hungernden entwickelt. THE MARCH wurde 1990 produziert und galt seinerzeit als düstere Zukunftsvision. Nur 25 Jahre später sind die Geschehnisse dieses Films von unserer Realität eingeholt worden.

Am 2.5.2018 haben im Rahmen einer Außenministerkonferenz in Marokko 57 Staaten aus der EU und afrikanischen „Partnerländern“ nach mehrjährigen Verhandlungen dieses Abkommen unterzeichnet, das von

unabhängigen Beobachtern als weiterer Türöffner für die Massenmigration aus Afrika in die EU bewertet wird und bei dem auch ein Aktionsplan für 2018 bis 2020 angenommen wurde. Es geht bei diesem Pakt um die Entwicklung von Strategien zur Legalisierung dieser Migration. Die 8 Seiten umfassende Marrakesch-Erklärung enthält „Verpflichtungen zur Förderung einer ausgewogenen Haltung zu Migration, Diaspora, und zu einem Beitrag zur Entwicklung von Gesellschaften in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern“. Der ungarische Außenminister begründete die Ablehnung dieser Deklaration damit, dass diese „die Migration als ein notwendiges, positives Phänomen“ darstelle. Wir denken, dass dies eine unausgewogene Herangehensweise ist und missbilligen sie.“

Auf der Internetseite der ungarischen Regierung wurde das damit begründet, dass angenommen werden muss, dass im Rahmen des „Rabat-Prozesses“ es zu einer neuen Migrationswelle kommen werde. In einem offiziellen, der WEGWARTE-Redaktion vorliegenden Schreiben des österreichischen Außenministeriums vom 30.7.2018 liest sich die Bestätigung und Begründung für die Zustimmung Österreichs zur Marakesch-Deklaration wörtlich wie folgt:

„..... Dabei handelt es sich nicht um ein rechtsverbindliches Abkommen, sondern um eine politische Erklärung und einen Aktionsplan, aus welchem Österreich keine rechtlichen Verpflichtungen erwachsen. ... Österreich war bei der Ministerkonferenz in Marrakesch aufgrund einer terminlichen Verhinderung der Außenministerin (Dr. Karin Kneissl, Anm.) durch die Leiterin der Sektion IV des Bundesministeriums, für Europa, Integration und Äußeres vertreten.“

Also auf gut Deutsch: es wurden Verpflichtungen unterzeichnet, die aber keine Verpflichtungen seien. Sie werden nur aufgrund des offensichtlichen gemeinsamen politischen Willens durchgeführt werden! Eine Kopie dieses Schreibens kann auf Anfrage gerne zugesandt werden.

Der Globale UNO-Migrationspakt

Am 10. und 11. Dezember 2018 wird in Marokko der „Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ von mehr als 190 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UNO) endgültig verabschiedet werden, was aber wohl nur mehr eine Formsache sein dürfte. Denn die politische Einigung für den 34 Seiten umfassenden Pakt ist bereits am 13. Juli 2018 in New York erfolgt. Damit werden globale Wirtschaftsmigranten den Flüchtlingen gleichgestellt. Migration wird dann zum globalen Menschenrecht. In der Praxis kann das bedeuten, dass selbst illegale Migranten nicht in ihre Herkunftsländer ausgewiesen werden können. Denn dies könnte nach den neuen UN-Richtlinien gegen die „Menschenrechte“ verstoßen. Je nach rechtlicher Auslegung könnten dann sogar illegale Grenzübertritte nicht mehr kriminalisiert werden. Das bedeutet; wann immer Menschen sich „in einer schwierigen Lage“ befinden, können sie nach Europa kommen. Das können Schwierigkeiten wie Ernährungsunsicherheit, Armut oder Opfer der Folgen des Klimawandels“ sein.

Die USA sind dem globalen UNO-Migrationspakt („Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“) nicht beigetreten. Als einziger EU-Staat hat Ungarn angekündigt, sich aus diesem Pakt zurückzuziehen. Von der österreichischen Regierung, die ja angetreten ist mit dem Wahlversprechen einer restriktiven Einwanderungspolitik, hört man bisher keine solchen Signale. In wirklichen Demokratien müsste die Unterzeichnung solcher Abkommen/ Pakte an die Abhaltung und das Ergebnis von Volksabstimmungen gebunden sein, da sie ja massive Auswirkungen auf die Gesamtbevölkerung des jeweiligen Staates haben werden. Im Regierungsprogramm sind jedoch nicht nur das gesamte EU-Recht und die Verfassung, sondern auch internationale Verträge ausdrücklich vom Recht auf Volksabstimmung ausgeschlossen!

Quelle: <https://npr.news.eulu.info/2018/09/21/masseneinwanderung-von-uno-und-eu-gewollt/>

Das Image von Angela Merkel hat mit der Realität nicht viel zu tun. Eine Dokumentation dazu

8. November 2018 um 8:51 Uhr | Verantwortlich: Redaktion

Veröffentlicht in: Audio-Podcast, einzelne Politiker, PR, Strategien der Meinungsmache

Was ist das Tollste an Angela Merkel? Ihre Raute? Das meinen manche Leute. Es gibt Menschen, die allen Ernstes glauben, Angela Merkels Raute sei die Empfangsstation für Kraft und Rat. Eher ist die Raute wohl eine großartige PR-Masche, wie vieles bei der noch amtierenden Bundeskanzlerin. Sie hat das Image gepflegt, eine Politikerin der Mitte zu sein; sie hat das Image gepflegt, sozialdemokratisiert zu sein. Und das alles erfolgreich, wie man an dieser Meldung der Tagesschau sehen kann. Dort wörtlich: „Merkel hatte die Partei in die politische Mitte geführt, auch mal sozialdemokratische Positionen übernommen.“ In den Medien wird Merkel auch gerne und häufig als „Klimakanzlerin“ gelobt und bis tief ins linke Lager wird ihr Respekt für ihre angeblich „humane Flüchtlingspolitik“ gezollt. Es ist bewundernswert, dass Merkel ein Image zu schaffen vermochte, das mit der Wirklichkeit nur wenig gemein hat. Ein Beitrag von **Jens Berger** und **Albrecht Müller**.

Diese Dokumentation soll Ihnen als Unterlage zu Ihrer eigenen Urteilsbildung dienen. Wir halten es für wichtig,

dass die Bilanz der scheidenden Bundeskanzlerin korrekt gemacht wird. Das ist auch wichtig für die künftige Politik in Deutschland. Deshalb regen wir an, dass Sie diese Dokumentation streuen. Nutzen Sie Ihren E-Mail-Verteiler. Drucken Sie die Dokumentation aus und geben Sie diese weiter.

Wir maßen uns nicht an, alles, was zur Beurteilung der Kanzlerschaft Angela Merkels wichtig ist, erfasst zu haben.

Deshalb die herzliche Bitte an Sie: wenn Ihnen noch andere wichtige Teile der Merkel-Bilanz präsent sind, dann schicken Sie uns die notwendigen Informationen und Quellen. Danke vielmals.

Dokumentation zu den Mythen, zu den Behauptungen über Angela Merkels Arbeit und zur Wirklichkeit:

Mythos: Die Sozialdemokratisierung von Angela Merkel und ihrer Partei

- Dieses Image zu verbreiten, war wohl der größte wahlstrategische Erfolg der CDU unter der Führung von Angela Merkel.
- Das Image hat keine Grundlage in wichtigen sozialdemokratischen Programmen und Leistungen – nicht in der Entspannungs- und Friedenspolitik, nicht in der Gesellschaftspolitik, insbesondere nicht in der Sozialpolitik und auch nicht in der Wirtschaftspolitik und Steuerpolitik. Angela Merkel hat sich nie von der Agenda 2010 distanziert. Betriebsverfassungsrecht und Mitbestimmung sind ihr fremd. Ihre Zustimmung zum Mindestlohn musste vom Koalitionspartner erst durch Kompromisse auf anderen Gebieten teuer erkaufte werden. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in der Ära Merkel immer weiter geöffnet, die Armutgefährdung hat sich während ihrer Kanzlerschaft mehr als verdoppelt.
- Auch die Wirkung ihrer Politik auf die europäischen Völker insbesondere im Süden ist ganz und gar nicht sozialdemokratisch. Unter ihrer treibenden Kraft und durch die von ihr vorangetriebene Austeritätspolitik verelenden ganze Volkswirtschaften, der Jugend wird die Perspektive genommen. Wie anders Sozialdemokraten in guten Zeiten dieser Parteien ihre Mission und ihre Solidarität verstanden haben, haben der Schwede Olof Palme und der Deutsche Willy Brandt gezeigt. Sie predigten und realisierten Solidarität mit den Völkern des Südens.
- Die Regierung Merkel hat die Zuwanderung für Fachkräfte geöffnet – dies ohne Rücksicht auf die Wirkung in den Herkunftsländern. Solidarität ist ein Fremdwort für die Bundeskanzlerin und ihre Regierung.
- Das Image baut auf Teilaspekten einer Politik, die Multiplikatoren im sozialdemokratischen und grünen Bereich mittragen: Gleichberechtigung der Frau, Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe, selbstverständlicher Umgang mit Schwulen und Lesben. Hinzu kommt die Offenheit gegenüber Fremden und Zuwanderern. Das ist ein Fortschritt, der vom sozialdemokratischen Justizminister Gustav Heinemann 1966 begonnen wurde und in weiteren und neuen Schritten auch von der Regierung Merkel getragen wurde. Aber diese Teilaspekte rechtfertigen die Parole von der Sozialdemokratisierung der Union und ihrer Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Merkel nicht. Unter strategischen Gesichtspunkten kann man die Leistung, sich dieses Image zu verpassen, nur bewundern; zumal unklar ist, wie groß der Anteil der Kanzlerin daran überhaupt ist. Sie selbst hat beispielsweise – was gerne vergessen wird – gegen die Ehe für Alle gestimmt.

Mythos: Angela Merkel ist die Klimakanzlerin

- Aktuell verbraucht Deutschland sein CO₂-Budget lt. Pariser Klimaabkommen für das komplette Jahr bereits Ende März – Tendenz nicht steigend, sondern sinkend!
- Deutschland wird das 2020-Ziel bei den CO₂-Emissionen deutlich verfehlen.
- Das Ziel für 2050 ist nur mit einem Kohleausstieg zu erreichen, den Merkel ablehnt.
- Merkel kämpft auf EU-Ebene nicht für das Klima, sondern für eine Aufweichung der klimapolitischen Ziele und Grenzwerte.
- Merkel vertritt die Positionen der Autokonzerne und verhindert damit eine verkehrspolitische Wende.

Mythos: Angela Merkel steht für eine humane Asylpolitik

1. Merkel war die Architektin des Dublin-Abkommens.
2. Merkel hat nichts gegen die Fluchtursachen getan – weder auf dem Feld der Friedens-/Sicherheitspolitik, noch auf dem weiten Feld des Freihandels und der wirtschaftlichen Fluchtgründe.
3. Merkel hatte sich vor 2015 immer wieder robust gegen eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Staaten gestellt.
4. Merkel lagert die Asylfrage auf Staaten wie Libyen aus, wo laut Auswärtigem Amt in den Lagern „KZ-ähnliche Zustände“ herrschen.
5. Die Vereinbarungen mit Erdogan und der Türkei – Geld gegen Flüchtlinge – offenbaren den wahren Charakter der „offenen Arme“.

Mythos: Sie hat die „Grenzen geöffnet“ und mit ihrem „Wir schaffen das“ viel für die Flüchtlinge getan

1. Die Grenzen waren nie geschlossen, Merkel hat sich nur der „normativen Kraft des Faktischen“ gebeugt – hätte sie denn Panzer an der bayerischen Grenze auffahren lassen sollen?
2. Merkel hatte ihrem „Wir schaffen das“ nie Konkretes folgen lassen – kein Geld für den Sozialen Wohnungsbau, kein Geld für Integrationsmaßnahmen, kein Geld für Arbeitsmarktprogramme.

Mythos: Angela Merkel ist stets an der Sache orientiert

1. Bei Angela Merkel ist der Gesamteindruck entstanden, als sei sie als Regierungschefin vor allem an der Sache orientiert, also daran, was sachlich zu tun und zu entscheiden geboten ist. Tatsächlich ist sie in entscheidenden Fragen gesteuert vom Hecheln nach Zustimmung und Popularität. Das wird besonders an zwei Sachfragen und der propagandistischen Zuspitzung sichtbar:
2. Zum einen an der Propaganda mit der „Exportweltmeisterschaft“ Deutschlands. Diese Propaganda hat der Bundeskanzlerin und ihrer Regierung gut getan. Es hat anderen Völkern und Europa massiv geschadet. Europa ist in der Zeit der Regierung Angela Merkel de facto auseinandergebrochen. Die Außenhandelsüberschüsse Deutschlands werden immer größer. Seit 2011 übersteigen sie durchgängig den Grenzwert des EU-Scoreboards. Merkel unternimmt nichts gegen Handelsüberschüsse, sondern fordert von anderen Ländern stets nur, ihre Defizite abzubauen, obgleich dies zwei Seiten einer Medaille sind.
3. Zum zweiten: Angela Merkels Popularität und die ihrer Mitstreiter wie Schäuble (CDU) und Steinbrück (SPD) stützte sich über weite Strecken auf dem Image-Element „Sparen“. Sparpolitik, anders gesagt Austeritätspolitik wurde zum Markenzeichen ihrer Regierung gemacht. Die schwarze Null war die populäre propagandistische Formel. Diese Politik wurde von der Regierung Merkel zusammen mit EU und europäischer Zentralbank auch anderen Ländern Europas übergestülpt und hat diese zum beachtlichen Teil ruiniert. Auch unser Land hat darunter gelitten; die Infrastruktur verlotterte.
4. Die Sparpolitik hatte noch eine andere negative Kehrseite: Angela Merkel setzte die von Helmut Kohl begonnene Privatisierung öffentlicher Unternehmen und öffentlicher Einrichtungen fort. Damit kann man die Bilanz schönen, aber die Zukunft nicht gewinnen.

Mythos: Angela Merkel steht für eine solide Haushaltspolitik und verzichtet daher auf steuerpolitische „Geschenke“ an die Wirtschaft und die Reichen

1. Unter Merkel konnten sich in der EU Steueroasen bilden, die Großkonzernen dabei helfen, auf dem deutschen Markt de facto fast steuerfrei zu operieren.
2. Merkel hat nichts gegen Cum-Cum/Cum-Ex getan.
Merkel hat die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte erhöht, die breite Mittelschicht und die Unterschicht also relativ viel härter an der Finanzierung staatlicher Tätigkeit beteiligt als die Oberschicht und die Konzerne.

Mythos: Angela Merkel hat aus der Finanzkrise gelernt und den Finanzsektor entschärft

1. Die versprochene Regulierung des Finanzsektors fand de facto nie statt.
2. Das ist kein Wunder: Merkel hatte zur Neuordnung des Finanzsektors eine Kommission bestellen lassen und einen Vertreter der Lobby, nämlich Otmar Issing, in Diensten von Goldman Sachs, zum Vorsitzenden gemacht.
3. Wie viel Geld der Steuerzahler bei der „Rettung“ der Banken verloren hat, ist bis heute nicht bekannt. Alle Zahlen sind intransparent. Die Rechnung werden ihre Nachfolger präsentieren.
4. Angela Merkel vertraute offensichtlich dem damaligen Deutsche-Bank-Banker Josef Ackermann. Jedenfalls hat sie zusammen mit Finanzminister Steinbrück mit Ackermann Anfang Oktober 2008 den Deal zur Rettung der Banken vereinbart.
5. Angela Merkel war auch nie eine Kritikerin oder Gegnerin des Chefs der Europäischen Zentralbank EZB Draghi. Grund zur Kritik hätte es genug gegeben.
6. Es gibt eine berühmte Äußerung von Angela Merkel zur Demokratie. Sie plädierte für die marktkonforme Demokratie.
Das war eine Offenbarung des Denkens von Angela Merkel.

Mythos: Angela Merkel hat Griechenland gerettet

1. Es war Angela Merkel, die mit unbedachten Äußerungen die Griechenland-Krise erst ausgelöst hat.
2. Nicht Griechenland, sondern seine privaten Gläubiger wurden mit Steuergeldern „gerettet“.
3. Griechenland ist heute – relativ – höher verschuldet als beim Ausbruch der Krise.

Mythos: Merkel, die Freundin von Umwelt und Natur und von Zukunftsorientierung

1. Das ist leider ein Mythos, unter dem Deutschland noch einiges zu leiden haben wird.
2. In der Zeit der Kanzlerschaft Merkels ging es, wie von Kohl angelegt, mit der Bahn weiter bergab.
3. Der Straßenverkehr hat Vorrang. Die Regierung Merkel hat nichts Entscheidendes für die Verlagerung

- von der Straße auf die Schiene getan, im Gegenteil. Der Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene ging zurück.
4. Die Regierung Merkel hat nichts getan, um den Flugverkehr und seine Explosion einzudämmen. Das Flugbenzin Kerosin wird immer noch nicht besteuert. D. h. der Flugverkehr ist subventioniert und hat einen beträchtlichen Marktvorteil.
 5. Die Regierung Merkel hat den Freihandel propagiert und die entsprechenden Freihandelsabkommen abgesegnet. Das ist ein Beleg dafür, dass Angela Merkel von der notwendigen Regionalisierung der Produktion und des Verbrauchs, wenigstens von der Tendenz dorthin, keinerlei Ahnung hat und den Biss, dies zu tun, sowieso nicht.
 6. Angela Merkel hat die notwendigen Schritte zur Umgestaltung der Landwirtschaft und auch zur Vermeidung von Glyphosat und der weiteren Chemisierung der Landwirtschaft nicht unterstützt.
 7. Die Verunreinigung der Meere und des Bodens durch Plastikmüll schreitet voran, ohne dass die deutsche Bundeskanzlerin dagegen angeht.
 8. Die Digitalisierung wird blauäugig vorangetrieben. Die deutsche Bundesregierung hat unter der Führung von Angela Merkel nichts davon verstanden, dass man den Umgang von Kindern und Jugendlichen mit den Bildschirmen, mit Smartphone und iPad überdenken und politisch steuern muss.

Mythos: Brückenbau zwischen West und Ost, zwischen USA, NATO und Russland

1. Angela Merkel kann zwar Russisch. Sie hat aber nichts getan, um die 1990 verabredete Zusammenarbeit auf der Basis gemeinsamer Sicherheit zu retten. Wir sind insbesondere in der Zeit der Regierung von Angela Merkel von der Zusammenarbeit zwischen West und Ost zur Konfrontation einschließlich der Wiederbelebung überwundener Vorstellungen von Abschreckung zurückgekehrt. Siehe dazu hier: „Wir sind dem Feindbildaufbau und der Kriegsvorbereitung schutzlos ausgeliefert“.
2. Der Kalte Krieg ist wieder da. Die Kriegsgefahr ist in der Zeit der Regierung Merkel gewachsen.
3. Angela Merkel hat die versteckten oder offenen Appelle Russlands an die Vernunft der Zusammenarbeit nicht gehört. Sie ist auch dann nicht aufgewacht, als Putin in seiner Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007 seine Enttäuschung über das Verhalten des Westens formuliert hat.
4. In der Regierungszeit Angela Merkels sind 2014 auf der Münchner Sicherheitskonferenz von deutscher Seite, von deutschen Ministern und vom Bundespräsidenten die Parolen von der größeren Verantwortung Deutschlands in der Welt ausgegeben worden. Diese größere Verantwortung war zuallererst militärisch gemeint.
5. Angela Merkel hat die Frontfrau der deutschen Konfrontation, Frau von der Leyen, immer gestützt. Bei ihren Sprüchen wie auch bei ihrer schnellen Zustimmung zur Erhöhung des Rüstungsetats.
6. Deutschland, regiert von Angela Merkel, hat den Putsch in der Ukraine unterstützt. Deutschland zahlte über den Etat der Europäischen Union und den Internationalen Währungsfonds für die Ukraine. Siehe hier: „Insgesamt beläuft sich die Finanzhilfe für die Ukraine seit 2014 auf 2,81 Mrd. Euro.“ und hier. Insgesamt war 2014 sogar von EU-Hilfen in Höhe von 11 Milliarden die Rede. Siehe hier.
7. Angela Merkel hat bis heute keinen Versuch gemacht, die Übernahme der Krim durch Russland differenziert zu beurteilen. Im Gegenteil. Zum 70-jährigen Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahre 2015 reiste Angela Merkel nach Moskau, gedachte zusammen mit Putin der Toten des Zweiten Weltkriegs und sprach dann von der „verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Annexion der Krim“. Als Bundeskanzlerin muss sie wissen, dass die Frage, ob dies eine völkerrechtswidrige Annexion war oder dem Wunsch der Bevölkerung auf der Krim entsprochen worden ist und damit dem Wunsch nach Selbstbestimmung, strittig ist. Zurückhaltung wäre also angebracht. Stattdessen forcierte Angela Merkel den Konflikt mit dem Etikett „verbrecherisch“.
8. Die Regierung Merkel hat leider alles getan, um die strategische Überlegung der Entspannungspolitik – Wandel durch Annäherung – ins Gegenteil zu verkehren: Tödlicher Wandel durch Konfrontation.

Mythos: Unabhängig von den USA?

1. Stattdessen Vasall mit allen Konsequenzen.
2. Die Regierung Merkel hat nie ein kritisches Wort zur NATO-Osterweiterung gesagt. Sie hat diese unterstützt, zum Beispiel auch beim Versuch, die Ukraine schrittweise in die westlichen Bündnisse NATO und EU einzubeziehen.
3. Die Regierung Merkel hat die Zahl der militärischen Auslandseinsätze weiter erhöht und damit auch die Militarisierung der Politik.
4. Die Regierung Merkel hat die von Washington verhängten Sanktionen in der Regel mitgetragen, auch dann, wenn das großen Schaden bei den Menschen anrichtet und den Interessen der Industrie schadet – weil langfristig angelegte Investitionen entwertet werden.
5. Die Regierung Merkel hat nie ein kritisches Wort zur Modernisierung und Lagerung der US-Atomwaffen im rheinland-pfälzischen Büchel gesagt.

6. Sie hat kein kritisches Wort zur Nutzung Ramsteins für die Koordination des mörderischen Drohneneinsatzes verlauten lassen.
7. Die Regierung Merkel lässt die Verlagerung von militärischem Gerät an die russische Grenze über deutsches Gebiet zu. Sie macht mit bei militärischen Übungen an der russischen Grenze wie auch vor kurzem in Norwegen. 2003 ist Angela Merkel als Oppositionsführerin in der Washington Post, also in den USA, dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder in den Rücken gefallen. Sie hat die Beteiligung Deutschlands am Irakkrieg gefordert – ein Krieg, der über eine halbe Million Opfer gefordert hat und mit der Lüge von den Massenvernichtungsmitteln des Saddam Hussein begonnen wurde.
8. In der Zeit der Kanzlerschaft Angela Merkels hat die Finanzwirtschaft meist angelsächsischer Herkunft ihren Einfluss auf die deutsche Wirtschaft massiv ausgedehnt. An jedem deutschen DAX-Unternehmen hält das wichtigste und größte US-amerikanische Finanzunternehmen, BlackRock, Anteile. Hunderte deutscher Unternehmen sind in den Besitz von weltweit agierenden großen Kapitalsammelstellen übergegangen – teilweise bei Missachtung der in Deutschland erkämpften Arbeitnehmerrechte.
9. Die Regierung Merkel hat die Versuche der USA zum Regime Change in anderen Ländern immer wieder unterstützt. Sie hat von Anfang an den Kampf gegen die syrische Regierung unterstützt und sich in den dortigen Bürgerkrieg eingemischt. Sie hat Sanktionen gegen Syrien mitgetragen und damit das Aushungern des syrischen Volkes versucht und im Übrigen damit auch dafür gesorgt, dass Menschen sich auf die Flucht begeben haben und ihr Glück in Europa suchen. Jetzt unterstützt die Bundesregierung die in Idlib verbliebenen syrischen Rebellen und vermutlich auch islamistische Gruppen mit Geld.

P.S. zur Bilanz von Angela Merkel:

Vor der letzten Bundestagswahl im September 2017 hatten wir schon einmal Bilanz gezogen. Siehe hier: „Merkel-Land ist ein hohles Land. Mit viel Protz und wenig Empathie. 14 gute Gründe dafür, Angela Merkel nicht zu wählen.“

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=46948>

Merkel lehnt Volksentscheide für Deutschland strikt ab 5/5 (1)

Von **News-for-Friends** 15. November 2018



Bundeskanzlerin Merkel lehnte bundesweite Volksentscheide und eine Obergrenze für Flüchtlinge strikt ab.

Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnt jede Form von bundesweiten Volksentscheiden ab. Merkel sagte in einem ARD-Interview: Meine Haltung ist absolut gefestigt, dass ich das unter keinen Umständen möchte.“

Auch die von der CSU geforderte Obergrenze für Flüchtlinge lehnt Merkel weiter strikt ab. „Zur Obergrenze ist meine Haltung klar: Das heißt, ich werde sie nicht akzeptieren“, sagte Merkel am Sonntag in Berlin im ARD-Sommerinterview. Mit einer Reduzierung der Flüchtlingszahlen, mit Steuerung und mit dem Kampf gegen Fluchtursachen könne etwas erreicht werden auch ohne eine solche Obergrenze für den Flüchtlingszuzug.

Interessant: Die Außenpolitik wurde in dem Interview nicht angesprochen – weder die EU, noch Russland oder Syrien waren Thema. Dadurch bleibt unklar, was Merkel unter dem „Kampf gegen Fluchtursachen“ versteht.

CSU-Chef Horst Seehofer fordert nach wie vor eine Obergrenze. Für das gemeinsame Wahlprogramm der

Union hatten sich CDU und CSU zuletzt zusammengerauft. Die umstrittene Obergrenze ist dort nicht enthalten. Die CSU will sie jedoch in ihr ergänzendes eigenes Wahlprogramm schreiben. Dieser „Bayernplan“ soll am 23. Juli vorgestellt werden. In der Vergangenheit hatte Seehofer gedroht, einen Koalitionsvertrag ohne Obergrenze nicht zu unterschreiben.

Merkel hat sich außerdem für einen Ausstieg aus der Braunkohle-Förderung in Deutschland ausgesprochen. In ihrem Regierungsprogramm habe die CDU festgelegt, mit den betroffenen Regionen zu sprechen und Alternativen für Beschäftigungen herauszuarbeiten: «Und dann kann man auch den Ausstieg ins Auge fassen.» Ein Zieldatum nannte sie nicht.

Erstes Etappenziel sei es weiter, die Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. «Da haben wir in der Tat alle Hände voll zu tun», sagte Merkel. Dazu müssten weitere Maßnahmen ergriffen werden. Bis zum Jahr 2050 schließlich sei es das Ziel, den CO₂-Ausstoß um 80 bis 95 Prozent zu senken. Bis zum Ende des Jahrhunderts werde dann angestrebt, weitestgehend ohne Emissionen auszukommen.

Quelle : deutsche-wirtschafts-nachrichten.de

Quelle: <https://news-for-friends.de/merkel-lehnt-volksentscheide-fuer-deutschland-strikt-ab/>

Paris: Ein Gipfel der europäischen Heuchelei

Kommentare Willy Wimmer 16:31 12.11.2018

Die Bilder aus London am Waffenstillstandstag des 11. November 2018 suchte man in den Hauptnachrichten von ARD und ZDF vergebens. Auch BBC rückte erst spät damit heraus. Bilder, die den deutschen Bundespräsidenten Steinmeier bei einer Kranzniederlegung in London zeigten.

Hielt man diese Bilder deshalb zurück, weil weder der deutsche Bundespräsident Steinmeier noch die noch im Amt befindliche Bundeskanzlerin Merkel es an diesem denkwürdigen Wochenende für nötig gehalten haben, der deutschen Soldaten und Opfer des Ersten Weltkrieges in angemessener Weise dort zu gedenken, wo diese Toten ihre letzte Ruhe finden mussten?

Damit macht die deutsche Staatsspitze deutlich, welchem Geschichtsbild sie anhängt. Vor allem im Vorfeld von Versailles 1919, an dem man sich im Sommer 2019 in besonderer Weise erinnern wird. Der Commonwealth-Historiker Christopher Clark hat es deutlich gemacht. Nichts hat Versailles und das Verdikt der Entente-Staaten über das Deutsche Reich gerechtfertigt. Clark hat sogar mit dem Segen der deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten dekretiert, dass es für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges keine Sonderverantwortung von irgendeinem Staat gebe, obwohl der deutsche Historiker Wolfgang Effenberger und andere auf die über ein Jahrzehnt laufende Vorbereitung des Ersten Weltkrieges durch britische und französische Zirkel, einschließlich der über das Deutsche Reich zu verhängenden Hungerblockade, hingewiesen haben.

Eine Hungerblockade wohlgermerkt, die bis weit nach dem Waffenstillstand in den Sommer 1919 Millionen deutsche Opfer und den Verlust einer ganzen Generation von Kindern zur Folge haben sollte. Wenn es selbst nach Christopher Clark keine deutsche Sonderverantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges gegeben hatte, ist die in Versailles von den Alliierten dekretierte "deutsche Alleinschuld" nicht aufrecht zu erhalten.

Die Vernichtung Deutschlands war das Ziel von Versailles und mittels Hitler und dem Zweiten Weltkrieg sollte es gelingen. Steinmeier und Merkel laufen Gefahr, Versailles und die gegen Deutschland gerichtete Vernichtungspolitik auf Dauer zu legitimieren.

Das könnte man der Geschichte überantworten, wenn dies nicht ins nächste Verhängnis führen würde. Zunächst einmal in grundsätzlicher Hinsicht. Wer heute Versailles legitimiert, beantwortet eine Frage nicht: Wer kann Frieden? Darauf hat es in der Geschichte Antworten gegeben, wie der Friedensschluss 1648 von Münster und Osnabrück sowie der Wiener Kongress nach Ende der napoleonischen Kriege zeigen konnte. Man ließ dem besiegten Land sein Gesicht und schuf das "Recht auf Vergessen."

Es war der russische Zar Alexander I., gemeinsam mit dem österreichischen Kanzler Metternich, einem Rheinländer aus Koblenz, der das europäische Überlebensprinzip schlechthin in die internationale Politik einzuführen versuchte: Eine erneute Auseinandersetzung in Europa sollte vermieden werden, um nicht der Vernichtung der europäischen Zivilisation ins Auge sehen zu müssen. Absprache, wo Absprache möglich sein sollte, sehr zum Widerwillen der Angelsachsen. London wollte auf dem Kontinent schalten und walten, wie es wollte. Das wurde gemeinsam mit dem späteren Marschall Foch aus Frankreich unter Beweis gestellt und ist bis heute der "rote Faden", der jede Beruhigung der europäischen Lage hintertreiben soll. Washington ist in Londoner Fußstapfen getreten, da kann der amerikanische Präsident Trump den russischen Präsidenten Putin bei den französischen Feierlichkeiten in Paris anlächeln, wie er will.

Es ist schon pervers, wenn ausgerechnet ein französischer Präsident ein permanentes "Friedens-Forum" am Arc de Triomphe ankündigt. War es doch zuletzt und in Abfolge gerade Frankreich, das Libyen und Syrien mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen auf dem Kerbholz hat und in Afrika nichts anderes mehr fertigbringt, als Kriege zu führen. Statt "Friedens-Forum" hätte Selbstverpflichtung für die Zukunft den Menschen mehr gebracht.

Und dann die Dauerschelte für den amerikanischen Präsidenten Trump. Man muss sich fragen, was das soll? Oder sind Merkel und Co. sauer darüber, dass Präsident Trump bislang jedenfalls nicht dem Modell der von Merkel und Co. bejubelten kriegstreibenden Präsidenten Clinton, Bush dem Unsäglichen und Obama folgt? Der russische Präsident Putin wird sich in Paris und nicht nur dort alles genau angehört haben. Von Clinton bis Merkel beklagt man, dass die angelsächsische Kriegspolitik durch Trump augenscheinlich nicht fortgesetzt wird. Trump wird mit Kübeln von Dreck zugeschüttet, weil er vorgibt, mit Russland eine Form gedeihlicher Zusammenarbeit anstreben zu wollen. Kriege haben die Merkels dieser Welt freudig hingenommen, aber Frieden in Europa geht gar nicht? Das entspricht dem EU-Modell auf Zerstörung der bestehenden rechtsstaatlichen Ordnung durch diejenigen, die die Dämonen der Vergangenheit beschwören, obwohl gerade sie es sind, die diese Dämonen fördern.

Trump kann gegenüber Moskau nicht liefern, aber er unternimmt alles, um das kriegszerrüttete Amerika wieder aufzurichten. Das mag ihm gelingen. Aber was kommt danach? Wieder ein Amerika, das sich Russlands über die amerikanischen Militärbefehlshaber in Europa bemächtigen will? Paris war ein Gipfel an diesem Wochenende und zwar einer der politischen Heuchelei.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/2018112322939144-gipfel-waffenstillstand-frieden-opfer/>

Aufgedeckt: Anwälte trainierten Migranten, um „dumme EU-Behörden“ auszutricksen

Politik 19:49 13.11.2018(aktualisiert 20:19 13.11.2018)



Die kanadische konservative Journalistin Lauren Southern hat ein Video über Advocates Abroad veröffentlicht – eine bekannte gemeinnützige Organisation mit Sitz in den USA, die den Flüchtlingen in Europa kostenlose Rechtshilfe anbietet. Darin erzählt die Leiterin der Organisation, wie Migranten beigebracht wird, europäische Asylbehörden zu belügen.

Director of a major NGO in Europe tells our undercover team how she teaches migrants to lie & pretend to be persecuted Christians to border police. Last year they worked w/ 15,000 migrants. The UN has responded to our investigation calling it 'alarming' —

<https://t.co/O88y5BiuPD> pic.twitter.com/uzj5INVdam

— Lauren Southern (@Lauren_Southern) November 12, 2018

Die 2016 gegründete Organisation prahlt auf ihrer Webseite damit, bereits 15 000 Migranten die Einreise nach Europa ermöglicht zu haben.

Ricker beschreibt in dem Video, wie Migranten von Advocates Abroad Tipps bekommen, um in die EU zu gelangen:

„Ich sage ihnen (den Flüchtlingen – Anm. d. Red.), dass das alles Schauspielen ist, das Ganze ist Schauspielen ... um durchzukommen, müssen sie ihre Rolle wie im Theater spielen. Und das ist der ‚traumatisierte Flüchtling‘.“

Mit den Flüchtlingen organisiere man echte Rollenspiele, wobei diese seufzen, weinen und um Hilfe bitten müssen.

In dem Gespräch zieht Ricker besonders über die EU-Asylbehörde EASO (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen) her, deren Mitarbeiter sie als „verdammt doof“ bezeichnet:

„Die wissen nur, was auf dem Papier steht: ‚Das ist ein traumatisierter Flüchtling, er hat diese Charakterzüge.‘ Also bringen wir den Leuten bei, wie sie diese Charakterzüge haben.“

Einer der besten Tipps ist laut der Leiterin der Organisation, sich als verfolgte Christen auszugeben. Damit spiele man mit den Sympathien des weitgehend christlichen Griechenland: Die Organisation ermöglichte dort nach eigenen Angaben etwa 5.000 Migranten die Einreise in die EU. Konkret räumt die junge Frau im Video ein, dass sie den Flüchtlingen das Beten auf orthodoxe christliche Weise beigebracht habe, was als ein Beweis für ihre Ehrlichkeit bei den Gesprächen mit Asyl-Behörden dienen soll. Das brisante Gespräch soll nun in der Dokumentation „Borderless“ des Regisseurs George Llewelyn-John gezeigt werden.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20181113322953121-europa-migranten-luege-ngo/>

AfD-Landespolitiker befragt illegale Migranten in Bosnien: „Wir stehen auf den europäischen Lifestyle“

Epoch Times 13. November 2018 Aktualisiert: 14. November 2018 6:59



Illegale Migranten im Stadtzentrum von Sarajevo. Foto: ELVIS BARUKCIC/AFP/Getty Images)

Der AfD-Politiker Roger Beckamp war mit einem eigenem Reporterteam in Sarajevo unterwegs und befragte illegale Einwanderer.

Der NRW-Landtagsabgeordnete Roger Beckamp (AfD) war mit einem Reporterteam in Bosnien-Herzegowina unterwegs. In der Hauptstadt Sarajevo befragte er illegale Einwanderer unter anderem, in welches Land sie wollen, was sie dort arbeiten möchten und ob sie ihre Familien nachholen möchten.

In Sarajevo traf Beckamp Menschen aus Pakistan und Bangladesch. Der AfD-Politiker sprach auch mit einem illegalen Einwanderer, der, bevor er abgeschoben wurde, schon zehn Jahre in Österreich lebte. Gearbeitet habe er in den zehn Jahren dort nicht, erklärt er. Nun möchte der Abgeschobene vielleicht nach Italien.

Ein Bangalese erzählt, es würde 9000 Euro pro Person kosten, um von Bangladesch nach Europa zu gelangen. „Wir stehen auf den europäischen Lifestyle“, sagt er auf die Frage, warum so viele Menschen Europa als Zielgebiet bevorzugen.

Eine andere Gruppe aus mehreren Personen machte deutlich: Sie wollen nach Deutschland. Auf Nachfrage, ob die Menschen in den Zielländern glücklich darüber wären, dass die illegalen Einwanderer kommen – sind sich die Befragten sicher: „Sie freuen sich.“

„Natürlich“ wollen die Zuwanderer auch ihre Verwandten und Familie nach Europa nachholen. „Öffnet die Grenzen“, ruft ein illegaler Einwanderer in die Kamera. „Viel Glück Angela Merkel, grüßen sie unsere Bundeskanzlerin.“ (er)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/afd-landespolitiker-befragt-illegale-migranten-in-bosnien-wir-stehen-auf-den-europaeischen-lifestyle-a2707265.html>

JEFTA-untergräbt die Entscheidungshoheit der Städte und Gemeinden beim Wasser 5/5 (1)

12/11/201812/11/2018 NPR.NEWS



Die EU und Japan wollen ein Freihandelsabkommen unterzeichnen. Wolfgang Deinlein von den Stadtwerken Karlsruhe kritisiert im Df, dass das Abkommen die kommunale Handlungsfreiheit bei der Wasserversorgung einschränke. Außerdem sei ein Artikel im Abkommen weggefallen, der regelt, dass Wasser keine Ware sei.

Mit JEFTA soll die größte Handelszone der Welt entstehen. Wie CETA und TTIP wurde auch JEFTA im Geheimen verhandelt. Die umstrittene Paralleljustiz, mit der Unternehmen Staaten auf entgangene Profite verklagen können, soll über den Umweg eines gesondert verhandelten Investitionsschutzabkommens durchgesetzt werden. Dadurch hebt die EU das Vetorecht der nationalen Parlamente aus und kann das Abkommen in seiner jetzigen Form im Alleingang verabschieden.

Gleichzeitig würde JEFTA eine Art Schattenparlament für Konzernlobbyist*innen etablieren: Sie erhalten über die "regulatorische Kooperation" das Recht, an Gesetzen mitzuwirken, noch bevor die Parlamente daran beteiligt sind. JEFTA dient also dem Ausbau und Schutz der Rechte von Konzernen – auf Kosten der Arbeiter_innen, Bauern und Bäuerinnen, Bürger_innen und der Umwelt in der EU und Japan.

Quelle: <https://npr.news.eulu.info/2018/11/12/jefta-untergraebt-die-entscheidungshoheit-der-staedte-und-gemeinden-beim-wasser/>

Jürgen Fritz: Wie die Altparteien die Gewaltenteilung aushebeln

Epoch Times 13. November 2018 Aktualisiert: 13. November 2018 18:16

Der Einfluss der Parteien „reicht direkt oder indirekt in die Medien und bei der Richterwahl in die Justiz ... Die Parteien haben sich zu einem ungeschriebenen sechsten Verfassungsorgan entwickelt, das auf die anderen fünf einen immer weiter gehenden, zum Teil völlig beherrschenden Einfluß entwickelt hat.“ Gastautor Jürgen Fritz analysiert auf Basis des 26 Jahre alten Zitats von Richard von Weizsäcker das aktuelle Geschehen.

„Eine ewige Erfahrung lehrt, dass jeder Mensch, der Macht hat, dazu getrieben wird, sie zu missbrauchen. Er geht immer weiter, bis er an Grenzen stößt. Sobald in ein und derselben Person oder derselben Beamtenschaft die legislative Befugnis mit der exekutiven verbunden ist, gibt es keine Freiheit. In einer Despotie ist es gleich gefährlich, wenn jemand gut oder schlecht denkt; es genügt, daß er denkt, um den Führer der Regierung zu beunruhigen.“ – Charles de Montesquieu: Vom Geist der Gesetze



Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe bei einer Urteilsverkündung. Foto: Uli Deck/dpa

Das Prinzip der Gewaltenteilung

Gewaltenteilung nennt man die Verteilung der Staatsgewalt auf mehrere staatliche Organe, um so die Macht Einzelner zu begrenzen sowie die Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger zu sichern. Hierbei wird in der Regel

unterschieden zwischen 1. der gesetzgebenden Gewalt, den Parlamenten (**Legislative**), 2. der ausführenden Gewalt, Regierungen und angegliederte Verwaltung (**Exekutive**) und 3. der Rechtsprechung, den Gerichten (**Judikative**).

Seit geraumer Zeit zählt man meist noch die sogenannte **Vierte Gewalt**, nämlich eine **unabhängige Presse**, hinzu, welche die drei anderen quasi überwachen und grobe Verstöße gegen die Freiheit oder Gleichheit der Bürger publik machen soll (Wächterfunktion).

Ihren neuzeitlichen Ursprung hat dieses Prinzip der Teilung der Gewalten in den staatstheoretischen Schriften der Aufklärer **John Locke** (1632 – 1704) und **Charles de Secondat, Baron de Montesquieu** (*Vom Geist der Gesetze*, 1748). Die Stoßrichtung war hierbei gegen die absolutistische, gegen die Willkürherrschaft und gegen die Machtkonzentration in den Händen weniger gerichtet. Das Prinzip der Gewaltenteilung ist heute Bestandteil jeder modernen, freiheitlichen Demokratie.

Im Grundgesetz verankerte Gewaltenteilung

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Gewaltenteilung in **Artikel 20 Grundgesetz** verankert, der unveränderlich ist! Dort heißt es in den Absätzen zwei bis vier:

„(2) *Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch **besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung** ausgeübt.* (Anm. JFB: also durch die Legislative, die Exekutive und die Judikative)

(3) *Die **Gesetzgebung** ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die **vollziehende Gewalt** und die **Rechtsprechung** sind an Gesetz und Recht gebunden.*

(4) *Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das **Recht zum Widerstand**, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.*“ (Anm. JFB: Widerstandsrecht)

Soweit also die verfassungsmäßigen Grundlagen. Doch wie sieht es inzwischen in der Realität aus?

Von Weizsäckers Kritik an der Parteiokratie

Tatsächlich sieht es seit Jahrzehnten schon so aus, dass einige Parteien, namentlich CDU/CSU, SPD, FDP und *Die Grünen* sowie ein wenig die SED-Nachfolgerin, quasi alle Macht im Staate in ihre Gewalt gebracht haben. Im Grunde leben wir in einer **Parteiokratie**, also einer Parteienherrschaft. Das können Sie sehr leicht daran erkennen, dass meist maximal drei Parteivorsitzende im Grunde unter sich ausmachen, wer das nächste Staatsoberhaupt (Bundespräsident) wird und diese Parteien zum Beispiel auch Schlüsselpositionen in den Gerichten mit ihren Leuten bestücken. Dazu gleich mehr.

Dass unsere Demokratie längst zu einer Parteiokratie entartet ist, kritisierte schon unser ehemaliger Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** vor mehr als 26 Jahren (1992), also vor einem guten viertel Jahrhundert.

„*In der Tat geht der Einfluß (der Parteien, jf) weit über den öffentlichen, staatlichen Bereich hinaus. Er reicht direkt oder indirekt in die Medien und bei der Richterwahl in die Justiz, aber auch in die Kultur und den Sport, in kirchliche Gremien und Universitäten. (...) **Die Parteien** haben sich zu einem ungeschriebenen sechsten Verfassungsorgan entwickelt, das auf die anderen fünf einen immer weiter gehenden, zum Teil **völlig beherrschenden Einfluß** entwickelt hat.*

*Der Hauptaspekt des „erlernten“ Berufs unserer Politiker besteht in der Unterstützung dessen, **was die Partei will**, damit sie einen nominiert, möglichst weit oben in den Listen, und in der behutsamen Sicherung ihrer Gefolgschaft, wenn man oben ist. Man lernt, wie man die Konkurrenz der anderen Parteien abwehrt und sich gegen die Wettbewerber im eigenen Lager durchsetzt. **Doch wo bleibt der politische Wille des Volkes?** In einer Demokratie kommt es auf die Gesellschaft im Ganzen an, auf ihren Willen, ihre Moral, ihre Einsicht, ihren Geist*

...

*Aber es geht nicht nur um Wahlrechtsänderungen, sondern generell darum, dass die Distanz zwischen Parteien und Bevölkerung nicht immer weiter wachsen sollte. **Den Gedanken, daß die Parteien darauf vertrauen, das Parlament kontrolliere die Exekutive, finde ich mitunter geradezu herzbewegend.** Die Wahrheit ist doch weit eher die, daß es die Parteiführungen sind, die den Gang der Dinge in der Gesetzgebung und Regierung steuern. (...)*

Was hat das noch mit der überlieferten Gewaltenteilung zu tun oder auch nur mit dem Text unserer Verfassung?

Soweit also Richard von Weizsäcker im Juni 1992. Und nun frage ich: Was hat sich seither geändert? **Ist es besser oder ist es noch schlimmer geworden?** Wurde die Distanz zwischen Staatsvolk und Parteien geringer oder ist sie noch weiter angewachsen? Konnte die Macht der Parteien ein Stück weit gebrochen werden oder haben wir gerade in den letzten Jahren unter Merkel nochmals eine Verschärfung dieser äußerst undemokratischen Entwicklung gesehen?

Die Realität im Deutschland des 21. Jahrhunderts

Dass die **Parteien alle Parlamente** (Legislative) in Deutschland **beherrschen** ist klar. Schon das müsste aber nicht so sein. Ebenso beherrschen sie aber **die Regierungen** (Exekutive). Es kommt so gut wie nie vor, dass ein

Parteiloser Minister wird, zum Beispiel ein ökonomischer Fachmann Wirtschaftsminister oder ein General Verteidigungsminister. Aber auch die **Massenmedien** (Vierte Gewalt) werden weitgehend von Parteien beherrscht, da man dort nur in entsprechende Positionen kommt, wenn man bestimmten Parteien innerlich zumindest nahe steht, wobei hier der Schwerpunkt erstens bei den Grünen liegt und zweitens bei der SPD. Dementsprechend sehen mindestens 80, wenn nicht 90, manchmal sogar 95 und mehr Prozent der Berichterstattung und der politischen Talkshows aus.

Ähnliches gilt auch für die **Schulen, Hochschulen**, für den gesamten **Kulturbereich** (Theater, Film, bildende Kunst, Musik ...). Sind denn aber wenigstens unsere Gerichte noch halbwegs unabhängig von dieser Parteiokratie? Schauen wir es uns an.

Wie wird man eigentlich Richter des Bundesverfassungsgerichts?

Eine besondere Bedeutung kommt in der Judikative dem **Bundesverfassungsgericht** zu. In § 31 Abs. 1 BVerfGG heißt es: „Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts binden die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden.“

Es besteht zwar keine inhaltliche Bindung für andere Gerichte, dergestalt dass diese sich an die ausgeurteilte Rechtsmeinung des Bundesverfassungsgerichtes halten müssen. Dessen Rechtsmeinung ist aber eine Richtschnur für die untergeordneten Gerichte, die meist auch befolgt wird. Abweichungen sind recht selten. Wie wird man nun aber „Richter des Bundesverfassungsgerichts“, so die offizielle Bezeichnung?

Muss man eine **Habilitation** plus Professur plus mehrjährige Erfahrung in der Wissenschaft und Lehre oder als Richter an einem anderen Gericht nachweisen? Nein, muss man nicht. Muss man denn wenigstens eine hervorragende (*summa cum laude*) **Promotion** vorlegen können, um Richter des Bundesverfassungsgerichtes zu werden? Oder wenigstens eine sehr gute (*magna cum laude*) oder eine gute (*cum laude*) oder eine befriedigende (*satis bene*) oder überhaupt irgendeine Promotion? Nein, auch das nicht. Es genügt ein abgeschlossenes Jura-Studium, also das Bestehen der zweiten juristischen Staatsprüfung, womit die Befähigung zum Richteramt vorliegt – zu irgendeinem Richteramt wohlgemerkt. Und wie die zweite Staatsprüfung bestanden wurde, spielt auch keine Rolle.

Muss man denn zumindest nachweisen, dass man über **mehrjährige Erfahrung als Richter** verfügt, meinetwegen fünf Jahre? Auch das nicht unbedingt. Von den insgesamt 16 Richtern des Bundesverfassungsgerichtes müssen nur sechs mindestens drei Jahre an einem der obersten Gerichtshöfe des Bundes tätig gewesen sein. Bis zu zehn Richter müssen nicht einmal das vorweisen können. Aber wie kommen denn dann diese Richter, die über unsere Verfassung, also DIE Grundlage unseres Staates wachen sollen, in ihr Amt? Nun, sie werden gewählt. Aber von wem denn gewählt? Nicht von der Gilde der Richter oder Juristen, sondern **gemäß Art. 94 GG** je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat, also der Legislativen. „Aber die werden doch genau wieder von fünf Parteien beherrscht“. Ja, genau so ist es.

Die Parteien, die die Legislative, Exekutive und die Massenmedien beherrschen, bestimmen zugleich die höchsten Richter

Bundestag und Bundesrat wählen immer abwechselnd die Kandidaten, welche jeweils eine Zwei-Drittel-Mehrheit benötigen. Gegen CDU/CSU und SPD geht also gar nichts. Und auch die Grünen wurden die letzten Jahre immer wichtiger. Auf Grund der Sperrminorität der Grünen im Bundesrat war ohne Zustimmung der Grünen keine Wahl im Bundesrat mehr möglich. Deswegen entschied man sich 2016 für das Vorschlagsrecht, welches bis dahin bei CDU/CSU und SPD lag auf die Grünen zu erweitern. Seither sieht die Abfolge des Vorschlagsrechtes wie folgt aus: **Union – SPD – Union – SPD – Grüne**.

Aber ist damit diesen Parteien nicht Tür und Tor geöffnet, dass sie ihre Leute oder zumindest ihnen politisch sehr nahe Stehende in diese Positionen bringen? Nun ja, was soll man dazu sagen? Überlegen wir einfach mal so: Angenommen, wir hätten in Deutschland einen Juristen, der fachlich absolut überragend wäre, zudem viele Jahre Erfahrung hätte als Bundesrichter, maßgebliche Kommentare zum Grundgesetz verfasst hätte usw. usf., quasi ein primus inter pares, von dem aber bekannt würde, dass er einer bestimmten Partei nahe stünde, die die anderen sechs großen Parteien überhaupt nicht mögen. Würde jemand von denen, die ein Vorschlagsrecht haben, tatsächlich den als Kandidat nominieren, Qualifikation und Kompetenz hin oder her? Und wenn man ihn quasi aus Versehen nominiert hätte, weil man das vielleicht noch nicht wusste, dass er dieser ominösen Partei nahe steht, es dann aber bekannt würde, dass er anschließend noch die geringste Chance hätte, eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag oder Bundesrat zu bekommen?

Fazit: Das heißt, just die Parteien, welche alle Parlamente, alle Regierungen und angegliederte Ämter, zum Beispiel das Amt für Verfassungsschutz, die Massenmedien, die Schulen, die Hochschulen, den Kulturbetrieb usw. beherrschen, die kontrollieren zumindest zum Teil auch, wer in wichtigste Richterpositionen kommt. Schauen wir es uns konkret an. Von den 16 Richtern des Bundesverfassungsgerichtes wurden von der Union nominiert: sieben, von der SPD: sieben, von den Grünen und der FDP: je einer. Und das Gleiche gilt auch für den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes und den Vizepräsidenten. Auch diese werden wieder abwechselnd von Bundestag und Bundesrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit gewählt. Und wer beherrscht Bundestag und Bundesrat?

Wer wird der neue Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes?

Aktueller Präsident des Bundesverfassungsgerichtes ist **Andreas Voßkuhle**, der von der SPD nominiert worden war. Vizepräsident ist derzeit noch **Ferdinand Kirchhof**, damals von der CDU/CSU vorgeschlagen, der bereits Ende Juni 68 Jahre alt wurde und eigentlich schon im Ruhestand sein müsste, sein Amt aber noch so lange weiterführt, bis ein Nachfolger ernannt wurde. Nun war die Union wieder dran, einen Kandidaten vorzuschlagen und nun raten Sie bitte, wen diese nominiert. Diesen Herren hier:

„Wie? Das ist ja ein Bundestagsabgeordneter!“, denkt man jetzt vielleicht. „Die Gewalten müssen aber doch getrennt sein. Man kann doch nicht Mitglied in der Legislativen und zugleich in der Judikativen sein! Was würde denn Montesquieu dazu sagen?“ Nein, das darf man in der Tat nicht. Aber **man kann direkt von hier nach da wechseln**. Und CDU/CSU können durchaus einen aus ihren Reihen aus dem Bundestag heraus direkt ins höchste deutsche Gericht entsenden, pardon: wählen. Das geht. Dieser beaufsichtigt dann, ob die Verfassung eingehalten wird. So funktioniert das.

Und Stephan Harbarth, der CDU-Abgeordnete soll nicht nur einfach Richter des Bundesverfassungsgerichtes werden, sondern **direkt Vizepräsident** und dann in wenigen Jahren, wenn Voßkuhle turnusgemäß ausscheidet, Präsident. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts steht protokollarisch direkt nach dem Bundespräsidenten, dem Präsidenten des Bundestages, dem Bundeskanzler und dem Präsidenten des Bundesrates an fünfter Stelle im Staat. Auf Harbarth haben sich nach übereinstimmenden Berichten die Fraktionsführungen von Union, SPD, Grünen und FDP geeinigt. Wer ist nun dieser Mann?

Stephan Harbarth ist promovierter Jurist, war aber wohl noch niemals Richter, nicht einmal an einem Amtsgericht. Er ist neben seiner Abgeordnetentätigkeit im Deutschen Bundestag als Anwalt für die *SZA Schilling, Zutt & Anschütz Rechtsanwälts AG* tätig und soll laut Abgeordnetenwatch „**Nebeneinküfte**“ von einer **Million Euro p.a.** beziehen, wäre damit der bestverdienendste Bundestagsabgeordnete.

Kein Einzelfall: Wie die Altparteien sich den Staat zur Beute machen

Wenn Sie nun denken, dass sei ein Einzelfall, dass jemand, der gar keine Erfahrung hat als Richter respektive gar keine entsprechende Qualifikation, direkt von einer Staatsgewalt, hier der Legislativen, in die andere wechselt, dann sei abschließend noch auf diesen Fall hingewiesen. **Peter Müller** war bis 2011 Ministerpräsident des Saarlandes, also sogar Teil der Exekutiven. Im August 2011 trat er als Ministerpräsident zurück und drei Monate später wurde er vom Bundesrat, wo er bis August noch Mitglied war, zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt. Nachfolgerin von Müller wurde Annegret Kramp-Karrenbauer.

Peter Müller hatte zwar immerhin vier Jahre Erfahrung als Richter an einem Amts- und Landgericht, konnte aber nicht nur **keinerlei juristische Publikationen** nachweisen, er hatte im Gegensatz zu Harbarth **nicht einmal promoviert**. Vor allem aber hatte er wie dieser ein Pfund, mit dem er wuchern konnte: Er war ebenfalls CDU-Mitglied und hatte beste Verbindungen in die Parteispitze. Stephan Harbarth ist übrigens Mitglied des CDU-Bundesvorstandes und Peter Müller war damals Mitglied des CDU-Parteipräsidiums. Offensichtlich keine schlechten Voraussetzungen, um Bundesverfassungsrichter zu werden.

Wie sagte **Richard von Weizsäcker** vor über 26 Jahren? Der Einfluss der Parteien „*reicht direkt oder indirekt in die Medien und bei der Richterwahl in die Justiz ... Die Parteien haben sich zu einem ungeschriebenen sechsten Verfassungsorgan entwickelt, das auf die anderen fünf einen immer weiter gehenden, zum Teil völlig beherrschenden Einfluß entwickelt hat. Was hat das noch mit der überlieferten Gewaltenteilung zu tun oder auch nur mit dem Text unserer Verfassung?*“

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Blog von [Jürgen Fritz](#).

Über den Autor: Jürgen Fritz studierte in Heidelberg Philosophie, Erziehungswissenschaft, Mathematik, Physik und Geschichte (Lehramt). Nach dem zweiten Staatsexamen absolvierte er eine zusätzliche Ausbildung zum Financial Consultant unter anderem an der heutigen MLP Corporate University. Er ist seit Jahren als freier Autor tätig. 2007 erschien seine preisgekrönte philosophische Abhandlung „Das Kartenhaus der Erkenntnis – Warum wir Gründe brauchen und weshalb wir glauben müssen“ als Buch, 2012 in zweiter Auflage.

Dieser Beitrag stellt ausschließlich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung des Verlags oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben. Hervorhebungen von Jürgen Fritz.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/meinung/juergen-fritz-wie-die-altparteien-die-gewaltenteilung-aushebeln-a2707276.html>

Kuín der Völker
Der Kuín der Völker
beginnt bei den Geld-
und Staatsmächtigen.

SSSC, 8. Februar 2012
16.08 h, Billy

Der Vierwaldstättersee

Die Schweiz, Helvetien, Land der Eidgenossen,
wo die Wasser in den Vierwaldstättersee flossen,
genährt von Gletschern, Bächen und Flüssen,
gebracht von Schnee, Gewitter, Regengüssen.
Sie feuchten Auen, Fluren, Wald und Ackerland,
durch Schöpfungsliebe, als gutes Lebenspfand.
Und mitten im Land, stolz der Vierwaldstättersee,
rundum Wälder, die Berge mit ewigem Schnee;
und Schiffe fahren darauf sowohl Tag wie Nacht,
und den Menschen Freude aus den Augen lacht,
wenn sie auf dem grossen See Lust geniessen,
im Friedensland, wo viele klare Wasser fliessen.
So mancher in der Schweiz eine Zuflucht sucht,
wenn er in Not ist, ihn sein eigen Land verflucht:
Mancher auf dem Vierwaldstättersee Frieden fand,
wenn rundum die ganze Welt im Kriege stand.
Viel Wasser, Berge, Wälder, Frieden immerdar;
Vierwaldstättersee, um den herum Freiheit gebar.

SSSC 1. Mai 2005, 17.05 h
"Billy" Eduard Albert Meier

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

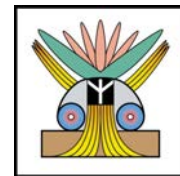
Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht

Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2019
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schwei